

III. DISKURSIVE REGULIERUNG VON INFORMATION

Organisation und strategisches Framing privater Regulierung: Urheberrecht zwischen Kreativität und Verwertung

Leonhard Dobusch / Sigrid Quack

1. Einleitung¹

Seit den 1970er Jahren ist die Regulierung des Urheberrechts, und geistiger Eigentumsrechte ganz allgemein, von einem rechtlichen Spezialistenthema zu einem der umstrittensten internationalen Politikfelder avanciert. Digitalisierung und Internet haben dazu beigetragen, dass Urheberrechte an Bedeutung für das Alltagshandeln immer größerer Teile der Gesellschaft gewonnen haben. Veränderte Nutzungspraktiken beeinflussen nicht nur entscheidend die Nachfrage nach kulturellen Gütern; in vielen Bereichen wandeln sich kreative Handlungspraktiken der Wissens- und kulturellen Produktion derart, dass sie einer proprietären Definition der Nutzungs- und Zugangsrechte entgegen stehen (Benkler 2006). Die Strategien etablierter Urheberrechtsindustrien, allen voran internationaler Medienkonzerne, zielen demgegenüber weiterhin vorrangig auf die Verwertung exklusiver Rechte an Autorenwerken, die sie auch durch Einflussnahme auf politisch-rechtliche Regulierung abzusichern suchen (Drahoš u. Braithwaite 2002; Hemmungs Wirtén 2004).

Divergierende Interessen und Sichtweisen zeigten sich auf internationaler Ebene in politischen Konflikten um die Verabschiedung des TRIPS-Abkommens im Jahre 1995², des WIPO-Vertrages im Jahre 1996³ und deren Umsetzung in nationalen Gesetzen in den folgenden Jahren (Sell u. Prakash 2004; Pierson et al. 2007). Während in diesen Fällen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessenskoalitionen vor allem in internationalen und nationalen Politikarenen stattfanden, wurden sie in der Folgezeit mittels konkurrierender privater Regulierungs-

1 Wir danken zwei anonymen Gutachtern der Zeitschrift sowie Sebastian Haunss, Armin Schäfer, Raymund Werle und Jonathan Zeitlin für sehr hilfreiche und konstruktive Kommentare zu einer früheren Version des Beitrags.

Ebenso danken wir den Teilnehmern des internationalen Workshops „Transnational Copyright: Organization, Mobilization and Law“, der vom 12. bis 15. Juni 2010 in der Villa Vigoni stattfand, sowie den Herausgebern dieses Sonderbandes für hilfreiche Kommentare. Eine Übersetzung von Teilen dieses Artikels fand Eingang in den englischsprachigen Aufsatz von Leonhard Dobusch und Sigrid Quack (2012) „Framing standards, mobilizing users: Copyright versus fair use in transnational regulation“, *Review of International Political Economy*, DOI:10.1080/09692290.2012.662909.

2 Das internationale Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights, TRIPS) aus dem Jahre 1995 schuf erstmalig ein für alle 153 Mitgliedsstaaten bindendes und mit Durchsetzungsmechanismen ausgestattetes Regulierungsregime für intellektuelle Eigentumsrechte.

3 Das von der Weltorganisation für Geistiges Eigentum im Jahre 1996 verabschiedete Sonderabkommen (WIPO Copyright Treaty, WCT) bildet den Rahmen für die Anpassung nationaler Urheberrechtsgesetze an die Anforderungen von Netzmedien.

initiativen zunehmend auch in marktlichen und zivilgesellschaftlichen Arenen ausgetragen. Befürworter wie auch Gegner einer Ausweitung des urheberrechtlichen Schutzniveaus versuchen auf diesem Wege, die konkrete Ausgestaltung von Eigentumsrechten an und Zugangsrechten zu Wissen im digitalen Zeitalter durch Mobilisierung in unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Handlungsbereichen zu beeinflussen.

Die politikwissenschaftliche Literatur hat dieser Entwicklung bisher nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Vorliegende Veröffentlichungen fokussieren auf stark generalisierende Wirkungsanalysen materieller Interessenkonflikte bei der Entstehung und Entwicklung internationaler Rechtsregime. Zwar liegen mittlerweile eine Reihe detaillierter Studien über soziale und politische Auseinandersetzungen um Eigentum, Nutzung und Kontrolle von Wissen vor (z.B. Haunss u. Shadlen 2009). Im Mittelpunkt stehen aber jeweils Konflikte zwischen kollektiven Akteuren in politischen Arenen, wie etwa in nationalen (z.B. Bach 2004) und europäischen Gesetzgebungsverfahren (z.B. Haunss u. Kohlmorgen 2010) oder internationalen Organisationen (z.B. Sell u. Prakash 2004). Diese Sichtweise greift aber zu kurz, weil sie einerseits die Bedeutung privater Technologie- und Lizenzstandards für die Rechtsdurchsetzung gegenüber den Nutzern vernachlässigt (vgl. Kretschmer et al. 2010) und andererseits das von alternativen Lizenzierungspraktiken ausgehende Potential für Gegenmobilisierung übersieht (vgl. Dobusch u. Quack 2009). Die informationsgesellschaftliche Lebenssituation und sozial geteilte Handlungspraxen individueller Akteure bleiben weitgehend ausgeblendet; emergente Mobilisierungseffekte, die aus dem gleichgerichteten Handeln vieler Internetnutzer entstehen, können so nicht berücksichtigt werden. Diese Begrenzungen der Literatur zum Politikfeld Urheberrecht verweisen auf eine bestehende generellere Forschungslücke zwischen Standardisierungsforschung und sozialer Bewegungsforschung: keiner der beiden Forschungsstränge schenkt bislang Standards und Lizenzen als Ziel *und* Mittel der sozialen und politischen Mobilisierung unbeteiligter Dritter genügend Aufmerksamkeit.

In diesem Beitrag plädieren wir deshalb für eine Ausweitung des zu untersuchenden Politikfeldes auf private Regulierung durch Standards. Zugleich schlagen wir eine verstärkte Integration von privater Regulierungs- und sozialer Bewegungsforschung vor. Eine solche Herangehensweise erlaubt es, Auseinandersetzungen über das Urheberrecht als Konflikte um ein ganzes „Bündel sozialer, kultureller und rechtlicher Handlungsregeln und Handlungsrechte“ (Siegrist 2006, S. 64) in den Blick zu nehmen. Dazu gehören neben rechtlicher Regulierung in politischen Arenen ganz wesentlich auch private Regulierungsinitiativen in marktlichen und zivilgesellschaftlichen Arenen. Letztere zielen darauf, weitere Schichten informeller und formeller sozialer Normen, Konventionen und Standards mit unterschiedlicher Reichweite zu etablieren. Eine ihrer wesentlichen Funktionen ist die anwendungsorientierte Interpretation und Auslegung global vereinheitlichter, im Detail aber nach wie vor regional und national fragmentierter rechtlicher Regelungen des Urheberrechts. Private Regulierungsinitiativen sind wichtig für das Verständnis der dynamischen Entwicklung des Politikfeldes, weil sie bestehenden und sich neu formierenden Interessenkoalitionen einen zusätzlichen politischen Möglichkeitsraum eröffnen (Armstrong u. Bernstein 2008), in dem für die Unter-

stützung bislang unbeteiligter Akteure – insbesondere potentieller Konsumenten und Nutzer kultureller Güter – geworben wird. Der Erkenntniszugewinn der vorgeschlagenen Perspektive wird in diesem Beitrag anhand einer Untersuchung zweier gegensätzlicher privater Regulierungsinitiativen verdeutlicht.

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Organisations- und Framing-Strategien, mit denen die materiell ressourcenstarke Urheberrechtskoalition und die zunächst diffuse und materiell schwache Fair-Use-Koalition im Anschluss an die TRIPS- und WIPO-Verträge ihre Ziele verfolgt und öffentlich für Unterstützung ihrer jeweiligen Projekte geworben haben. Wir untersuchen, welche Organisations- und Framing-Strategien die Koalitionen verfolgten und welche Ergebnisse ihre Regulierungsinitiativen hatten. Der Beitrag gliedert sich folgendermaßen: Zunächst stellen wir kurz unseren Analyserahmen vor, in dem wir eine Synthese von Konzepten aus der sozialwissenschaftlichen Forschung über Regulierung durch Standards und der sozialen Bewegungsforschung vorschlagen. Im folgenden Abschnitt beschreiben wir das methodische Vorgehen und die empirischen Ergebnisse der Untersuchung. Unsere Studie zeigt, dass die Verbreitung technischer und Lizenzstandards nicht nur von materiellen Ressourcen abhängt; vielmehr gehen von der gewählten Organisationsform moderierende Effekte für die koalitionsinterne Handlungsfähigkeit aus. Darüber hinaus haben Framing-Strategien Aktivierungs- und Mobilisierungseffekte, welche die Verbreitung der Standards beeinflussen. Das Mobilisierungspotential solcher Framing-Strategien, so legen unsere Fallstudien nahe, ist besonders ausgeprägt, wenn sie mittels Kategorisierung zur Herausbildung der kollektiven Identität neu entstehender Produzenten- und Nutzergruppen beitragen. Abschließend diskutieren wir die Implikationen der Studie für weitere Forschungen im Politikfeld Urheberrecht.

2. Analyserahmen

Die beiden in diesem Artikel untersuchten privaten Regulierungsinitiativen stellen Versuche der Vereinheitlichung von Internet-Nutzungspraktiken durch Standardisierung von Datenformaten und Rechtemanagement dar.⁴ Sie haben viele Gemeinsamkeiten mit anderen Standardisierungsprozessen in den Bereichen Technologie, Recht und Management, zu denen eine rasch wachsende sozialwissenschaftliche Literatur entstanden ist. Zugleich zielt die private Regulierung durch Standards auf Mobilisierungsprozesse im sozialen und politischen Sinne, die bisher in der Literatur zu Standards nicht oder nur beiläufig thematisiert wurden. Versteht man soziale Mobilisierung im weiteren Sinne als Aktivierung anderer für bestimmte Ziele, so lassen sich in Standardisierungsprozessen drei Dimensionen identifizieren: Mobilisierung von Akteuren für die Standardsetzung, Mobilisierung potentieller Nutzer für die Adaption, und Mobilisierung unbeteiligter Dritter bzw. der Öffentlichkeit für Akzeptanz eines Standards. Mobilisierung im politischen Sinne umfasst darüber hinaus den Versuch, die existierende Machtverteilung

4 Während standardisierte Technologien für DRM einheitliche Datenformate entwerfen, die sowohl Spezifikationen zur Komprimierung als auch zum Rechtemanagement umfassen, standardisieren Creative-Commons-Lizenzen die Ausübung des Urheberrechts unabhängig von Datenformaten.

lung durch die Beeinflussung von Präferenzen, Vergemeinschaftungsprozessen oder die Veränderung bzw. Inspiration von Handlungspraktiken unbeteiligter oder gegnerischer Akteure zugunsten der eigenen Ziele zu beeinflussen (Nedelmann 1987, S. 181)⁵. Solche Mobilisierungsprozesse stehen im Fokus der sozialen Bewegungsforschung, die aber ihrerseits Standards als Output von Mobilisierungsprozessen bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat (vgl. Guigni 1998, 2004). Die folgende kurze Darstellung zielt darauf, die relevante Literatur in beiden Bereichen zu diskutieren und zentrale Konzepte unserer Studie zu definieren.

2.1 Standardisierungsprozesse

Die sozialwissenschaftliche Literatur analysiert Standardisierung als eine Form sozialer Regulierung, die auf die Etablierung uniformer Regeln für unterschiedliche Anwendungskontexte zielt (Abbott u. Snidal 2001; Brunsson u. Jacobson 2000; Timmermans u. Epstein 2010). Politikwissenschaftliche Beiträge thematisieren insbesondere die Delegation staatlicher Aufgaben an private Standardisierungsorganisationen (z.B. Mattli u. Büthe 2005; Nölke u. Perry 2007). Auch wenn Standards zunächst auf freiwilliger Befolgung basieren, gehen von ihnen mit zunehmender Verbreitung vermehrt regulierende Effekte aus, die in den Wirtschaftswissenschaften auch als Netzwerkeffekte thematisiert werden (Farrell u. Saloner 1987; Shapiro u. Varian 1999). Dominante Standards können in spezifischen Regulierungsbereichen de facto zu zwingenden Normen werden und das soziale Handeln nachhaltig prägen (für technische Standards vgl. Dobusch 2008; für rechtliche Standards vgl. Quack 2007). Aber auch dort, wo verschiedene Standards mit ähnlichen Zielsetzungen miteinander konkurrieren, wie es in vielen Bereichen der transnationalen Regulierung der Fall ist (vgl. Bartley 2007; Overdevest 2010; Halliday u. Carruthers 2009), wird ihnen eine regulierende Wirkung für spezifische Nutzergruppen attestiert. Allerdings werden konkurrierende Standardisierungsprojekte mit gegensätzlichen Zielsetzungen auf Basis unterschiedlicher Standardisierungsbereiche (technologisch bzw. rechtlich), wie sie im Mittelpunkt unserer Analyse stehen, bislang nur selten untersucht. Die mit Standardisierungsprojekten verbundenen, sozialen und politischen Mobilisierungsprozesse sind bislang nur in Anfängen erforscht. So thematisieren Timmermans und Epstein (2010, S. 84) zwar, dass mit Standardisierung einhergehende, neue soziale Kategorisierungen, veränderte Handlungspraktiken und vermehrte Koordination vormals diffuser und unterschiedlicher Akteure das Potential haben, Interessen- und Einflusskonstellationen zu transformieren. Wie diese Veränderungen im Einzelnen zustande kommen, bleibt dabei aber offen.

5 Während Nedelmann (1987) ausschließlich Mobilisierungsprozesse in politischen Arenen behandelt, verwenden wir das Konzept in Anlehnung an neuere Beiträge aus der Wirtschafts- und politischen Soziologie (vgl. King u. Pearce 2010; Adloff 2005) auch für marktliche und zivilgesellschaftliche Arenen.

Folgt man der in der Literatur anzutreffenden Unterscheidung zwischen *funktionalen* und *akteurszentrierten* Ansätzen, und unterteilt man weiterhin zwischen *Standardsetzung* und *Standarddiffusion* als Phasen eines rekursiven Prozesses (Botzem u. Dobusch 2012), so finden sich verschiedene Erklärungsmuster. In implizit oder explizit funktionalen Erklärungen wird sowohl die Entstehung von Standardsetzungsinitiativen als auch die Diffusion von Standards auf ihre positiven Koordinationseffekte zurückgeführt. Mobilisierung von Akteuren spielt hier definitionsgemäß keine Rolle. Auf diese Weise kann aber nicht erklärt werden, weshalb bei vergleichbaren Koordinationseffekten in manchen Bereichen Standards zustande kommen und in anderen nicht, oder weshalb sie unterschiedliche Verbreitung finden.

Diese Lücke füllen akteurszentrierte Ansätze, in dem sie die Bedeutung der Handlungsmotivationen, -ziele und -strategien der Akteure für die Entstehung und den Verlauf von Standardisierungsprozessen analysieren. Innerhalb der akteurszentrierten Ansätze kann wiederum zwischen *rationalen* und *institutionalistischen* Handlungstheorien unterschieden werden. Studien, welche implizit oder explizit von Theorien *rationalen Handelns* ausgehen (z.B. Shapiro u. Varian 1999), führen (erfolgreiche) Standardisierung auf das Bestreben der Akteure zurück, den von der Standardisierung erwarteten Nutzen zu maximieren, der sowohl aus Koordinations- als auch aus Ausschlusseffekten gegenüber Wettbewerbern erwachsen kann. Politikwissenschaftliche Analysen von Prinzipal-Agenten-Beziehungen in privater Regulierung (z.B. Mattli u. Büthe 2005) gehen davon aus, dass Akteure spezifische Interessen haben, die sie mit gegebenen Ressourcen (sei es materieller Art, kollektiver Organisationsmacht, oder Lobbying-Expertise) verfolgen. Die Frage der Mobilisierung neuer oder zusätzlicher Ressourcen stellt sich aus dieser Perspektive ebenso wenig wie die Notwendigkeit, Unterstützung Dritter zu mobilisieren. Fragen der Nutzermobilisierung bleiben weitgehend ausgeklammert. Sie werden am ehesten noch in der ökonomischen Literatur zu „Standardkriegen“ thematisiert, wenn auch nur aus der Perspektive von Unternehmen oder Standardisierungskonsortien, die durch ein strategisches Management von Nutzererwartungen, eine Konkurrenten unterbietende Preispolitik und die Verbreitung von Zweifeln und Unsicherheiten über die Effizienz konkurrierender Standards eine möglichst schnelle Etablierung ihres eigenen Standards am Markt zu erzielen suchen (z.B. Dranove u. Gandal 2003). Erklärungsversuche über rationales Wahlhandeln unterschätzen die Erwartungsunsicherheiten, die in komplexen gesellschaftlichen Kontexten (insbesondere auch im transnationalen Kontext) existieren. Dies hat zur Folge, dass die Veränderlichkeit von Nutzergruppen und deren Präferenzen ebenso wie deren gesellschaftlicher Kontext vernachlässigt wird. Mobilisierung kommt hier bestenfalls als Aktivierung für rationales kollektives Handeln in den Blick.

Institutionalistische Ansätze gehen demgegenüber davon aus, dass die an der Standardisierung beteiligten Akteure in Übereinstimmung mit sozialen Regeln handeln. Motivationen, Ziele und Strategien der an der Standardsetzung und Diffusion beteiligten Akteure ergeben sich demnach nicht notwendigerweise aus der Nutzenmaximierung; vielmehr folgen sie daraus, was die Akteure als angemessen ansehen und wie sie versuchen, gesellschaftliche Legitimität für ihr Projekt zu

schaffen und zu erhalten. Studien über Standardsetzung in Komitees zeigen, wie die beteiligten Akteure durch Organisationsform und Kooptation einflussreicher Dritter (Vertreter von Unternehmen, Verbänden oder Institutionen) gesellschaftliche Legitimität zu gewinnen suchen (Tamm Hallström 2004; Walgenbach 2000), und wie die Einbindung in Politik- und Institutionennetzwerke im Gegenzug Inhalte und Prozesse der Standardsetzung (Perry u. Nölke 2005), aber auch Diffusionsprozesse beeinflusst. Andere Studien belegen, wie von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen formulierte Kriterien gesellschaftlicher Angemessenheit durch Kampagnen (Bartley 2007), Lobbying (Voss 2010) und öffentliche Vergleiche (Overdevest 2010) die Verbreitung und Adaptation von Standards begünstigen oder begrenzen, und darüber hinaus in die Standardsetzung hineinwirken. Unterschiede und Wechselwirkungen zwischen Standardsetzung und Standarddiffusion werden dabei jedoch, wie Botzem und Dobusch (2012) kritisieren, nur am Rande und nicht systematisch herausgearbeitet. Häufig wird die Legitimität von Standards als gegeben unterstellt und Nutzergruppen werden als weitgehend homogen angesehen. In der Folge haben institutionalistische Ansätze Schwierigkeiten, soziale Auseinandersetzungen um die Legitimierung von Standards in der Entstehungsphase, im Wettbewerb mit alternativen oder gegensätzlichen Standards und die aktive Gestaltung der Standardsetzung und Diffusion als Mobilisierungsprozesse zu konzeptualisieren.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die sozialwissenschaftliche Literatur zur Standardisierung zwar durchaus die politische Natur dieser Prozesse und ihrer distributiven Effekte diskutiert (vgl. Nölke u. Perry 2007; Mattli u. Bütthe 2005), dabei aber nur einen kleinen Ausschnitt von sozialen und politischen Mobilisierungsprozessen erfasst. Der Fokus liegt auf der Interessenpolitik und dem Lobbying von Verbänden und Unternehmen (manchmal erweitert um die Strategien anderer Stakeholder) in der Standardsetzung, während Mobilisierung rund um die Diffusion und Adaption von Standards kaum behandelt wird. Unabhängig davon, ob die Verbreitung von Standards auf Funktionalität, Nutzungsmaximierung oder Legitimität zurückgeführt wird, wird in der Regel vorausgesetzt, dass die an der Standardisierung beteiligten kollektiven Akteure bereits existieren, über ein feststehendes Set an Ressourcen verfügen und klar umrissene Ziele verfolgen. Gleichmaßen wird angenommen, dass Funktionalität, distributive Vorteile oder Angemessenheit für die maßgeblichen Gruppen offensichtlich und eindeutig erkennbar sind.

Dies ist jedoch in ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Umbruchsituationen keineswegs immer der Fall, wie Rao (1994, 2009) am Beispiel der Einführung verschiedener neuer technischer und Produktstandards am Markt verdeutlicht. An der Standardisierung interessierte Akteure müssen sich erst zu einer arbeitsfähigen Koalition oder Organisation zusammenfinden; die Funktionalität, Vorteile und Angemessenheit von Standards müssen erst als soziale Bedeutungskategorien konstruiert werden; und potentielle Nutzergruppen müssen zunächst kollektive Praktiken und Wahrnehmungen entwickeln. Mobilisierung für Standardisierungsprojekte im eingangs erwähnten Sinne ist deshalb ein komplexer Prozess, für dessen Ausgang sowohl Organisationsstrategien als auch diskursive Strategien bedeutsam sind. Erstere werden in der Standardisierungsliteratur aber nur

im Hinblick auf Probleme des kollektiven Handelns ressourcenstarker Industriekoalitionen behandelt (z.B. Mattli u. Büthe 2003; Schmidt u. Werle 1998), letztere werden so gut wie gar nicht thematisiert.

2.2 Mobilisierungsprozesse

Konzepte aus der sozialen Bewegungsforschung, die sich explizit mit Prozessen der Selbstorganisation diffuser Gruppen und der Mobilisierung unbeteiligter Dritter befassen, können diese Lücke schließen helfen. Neuere Entwicklungen in der sozialen Bewegungsforschung geben auch Anstöße, um die Kluft zwischen rationalen und institutionalistischen Ansätzen in der Standardisierungsliteratur auf produktive Weise zu überbrücken. Aus der umfangreichen Literatur, die zu sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten in der politischen Soziologie und Politikwissenschaft entstanden ist (für einen Überblick vgl. Della Porta u. Diani 2006; Rucht 2007; Snow 2007; Walder 2009), sollen hier nur Konzepte dargestellt werden, die wir im Folgenden für die Konzeptualisierung von Mobilisierungsprozessen in der Standardisierung heranziehen werden.

Die soziale Bewegungsforschung untersuchte zunächst, unter welchen Bedingungen und durch welche Prozesse schwache oder ausgegrenzte soziale Gruppen durch unorthodoxe Protestformen Einfluss auf etablierte politische Institutionen zu nehmen suchten, um auf diese Weise gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen oder zu verhindern (z.B. McAdam u.a. 2001; Tilly 2004). Den dabei eingesetzten Aktionsformen ist gemeinsam, dass sie in der Regel über indirekte Kanäle, d.h. die Mobilisierung unbeteiligter Dritter⁶, der Medien und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit für Protestaktionen, Druck oder Überzeugung auf politisch verantwortliche Entscheidungsträger auszuüben suchen (z.B. Rucht 2007). Neuere Beiträge zeigen jedoch, dass diese Aktionsformen im Zuge ihrer gesellschaftlichen Institutionalisierung auch Eingang in das Repertoire etablierter wirtschaftlicher und politischer Akteure gefunden haben (z. B. Norris 2002; Sell u. Prakash 2004), sich ebenso gegen private und zivilgesellschaftliche wie staatliche Autoritäten richten (z.B. Snow u. Soule 2009) und gleichermaßen auf sozio-kulturellen wie politischen Wandel zielen (Armstrong u. Bernstein 2008). Darüber hinaus ist eine Re-Orientierung sozialer Bewegungen von politischen hin zu marktlichen Arenen zu beobachten, die nicht nur auf Proteste, sondern auch auf die Etablierung von Alternativen, wie etwa privater Regulierungsformen oder neuer Produktmärkte zielt (z.B. King u. Pearce 2010; Rao 2009).

Armstrong und Bernstein (2008, S. 93) zufolge finden diese empirischen Entwicklungen Niederschlag in einer konzeptionellen Umorientierung der Bewegungsforschung. In der Vergangenheit konkurrierte der auf rationales Handeln fokussierte Ressourcenmobilisierungsansatz (z.B. McCarthy u. Zald 1977; Edwards u. McCarthy 2004) mit dem strukturalistisch-institutionalistisch argumentierenden

6 Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang funktionale Gruppen, die aufgrund gemeinsamer Eigenschaften und Erfahrungen als „Quasi-Akteure“ mobilisiert werden können (Dahrendorf 1959; Mayntz u. Scharpf 1995, S. 51). Auch Dolata (2003, S. 31-33) weist im Kontext von technologischer Standardisierung auf die Bedeutung „nicht-organisierter kollektiver Akteure“ hin.

Politikprozessansatz (z.B. McAdam et al. 1996; Tarrow 1994). Zu den Innovationen der ersten Perspektive zählt es, aufgezeigt zu haben, dass soziale Bewegungen trotz ihrer Diffusität kollektiv intentional handeln und in Verfolgung ihrer Ziele verschiedene Ressourcen mobilisieren können. Dabei wurden aber häufig die strukturellen Umweltfaktoren, die Bewegungen zugrunde liegen und ihre Strategien begrenzen, vernachlässigt und die Rationalität sozialer Bewegungen überschätzt (vgl. kritisch Ferree 1992). Die Stärken der Politikprozessanalyse bestehen darin, den Einfluss des institutionellen Umfeldes allgemein, und politischer Möglichkeitsstrukturen im Besonderen, für Entstehung und Aktionsformen sozialer Bewegungen aufgezeigt zu haben (z.B. Kitschelt 1986; Kriesi 2007). Kritik richtete sich auf den damit häufig einhergehenden Strukturdeterminismus und die Überdehnung des Konzepts der Möglichkeitsstruktur (Della Porta u. Diani 2006, S. 17).

Die von Armstrong und Bernstein (2008) identifizierte Neuorientierung der sozialen Bewegungsforschung zu einem multi-institutionellen Politikansatz stellt relationale *Akteurskonstellationen* mit ihren jeweiligen *Mobilisierungszielen und -strategien* in den Mittelpunkt, ohne dabei den Mobilisierungskontext außer Acht zu lassen. In dem Maße, in dem soziale Bewegungen Proteste und Forderungen an verschiedene Autoritäten in politischen, marktlichen und zivilgesellschaftlichen Arenen richten, kann kein eindeutiges Bedingungsverhältnis zwischen Mobilisierungskontext, -zielen und -strategien mehr unterstellt werden. Der Fokus der Analyse richtet sich demnach auf Mobilisierungsziele und -strategien als kontingente Phänomene, die sich im Wechselspiel von Akteurshandeln und institutionellen Rahmenbedingungen konstituieren und verändern. Unter Umweltbedingungen von Unsicherheit und Komplexität formulieren Akteure Ziele und Strategien für mittel- und langfristige Handlungen, passen diese aber auch immer wieder an veränderte Bedingungen an, oder in den Worten von Armstrong und Bernstein (2008, S. 93): „a great deal of the strategizing of contemporary movements will center on figuring out how to best exploit these contradictions.“

Hier knüpfen wir mit unserer Analyse von Mobilisierungsprozessen in der Standardisierung an. Zwar geht die Mobilisierung für Standards in den untersuchten Fällen von Interessenkoalitionen und nicht von sozialen Bewegungen im engeren Sinne aus. Temporäre Interessenkoalitionen, die aus öffentlichen und privaten Organisationen bestehen können, sind jedoch ebenso wie soziale Bewegungen auf organisatorische und diskursive Strategien angewiesen, um ihre eigene Handlungsfähigkeit herzustellen und unbeteiligte Dritte für die Unterstützung ihrer Ziele zu gewinnen (vgl. Diani u. Bison 2004; Roy u. Parker-Gwin 1999). Wir folgen daher Sells und Prakashs (2004) Vorschlag, Strategien von Unternehmenskoalitionen und Advocacy-Koalitionen unter einem gemeinsamen konzeptionellen Dach als kollektives Handeln zu analysieren⁷.

7 Während einige Autoren, wie zum Beispiel Keck und Sikkink (1998) weiterhin den unterschiedlichen Charakter von wirtschaftlichen Interessengruppen („business networks“) und sozialen Bewegungen („activist networks“) hervorheben, weisen andere Forscher, wie etwa Sell und Prakash (2004) darauf hin, dass sich beide hinsichtlich ihrer Mobilisierungsstrategien und ihrer expressiven und instrumentellen Orientierung immer weniger unterscheiden.

Wir untersuchen im Folgenden, welche intermediären Strukturen diese beiden Koalitionen zur Mobilisierung von Konsens und aktivem Handeln hervorbringen. So wie sich die Mobilisierung sozialer Bewegungen auf die Aktivierung und/oder den Konsens einer großen Zahl von Individuen richtet, so zielt auch die Mobilisierung für einen Standard letztendlich auf die Adaptation und Akzeptanz einer großen Masse von Individuen. Mobilisierung stellt sich jedoch – auch in einer digital vernetzten Wissensgesellschaft – nicht einfach als Aggregation massenhaften ähnlichen Verhaltens her, sondern erfordert intermediäre Strukturen. In der sozialen Bewegungsforschung haben u.a. Gerhards und Rucht (1992) auf die Bedeutung intermediärer Akteure (Meso-Organisationen) und deren organisationalen und diskursiven Strategien für Prozesse der Mobilisierung hingewiesen.

2.3 Organisationsstrategien

Strategien, die auf die Gründung von Organisationen und Entwicklung organisationaler Kapazitäten abzielen, werden in der Bewegungsforschung als wichtige Voraussetzungen und Katalysatoren für Mobilisierungsprozesse angesehen (McCarthy u. Zald 1977; Clemens u. Minkhoff 2004). Mit der Einrichtung einer formalen Organisationen oder eines Mobilisierungs-Netzwerkes von Organisationen⁸, wird nicht nur eine Infrastruktur geschaffen, die in unterschiedlichem Umfang zu Kontinuität und öffentlicher Sichtbarkeit beiträgt und die Mobilisierung finanzieller und humaner Ressourcen erleichtert (Edwards u. McCarthy 2004). Darüber hinaus entsteht auch eine Arena für politische und regulative Konversationen zwischen verschiedenen Teilen einer sozialen Bewegung. Oberschall (1973, S. 125) wies bereits früh auf die mobilisierenden Effekte hin, die von sogenannter Blockrekrutierung ausgehen, bei der ganze Organisationen mit ihrer Mitgliedschaft und Anhängerschaft zu einer sozialen Bewegung hinzustoßen. Die daraus entstehenden Netzwerke von Bewegungsorganisationen können, ebenso wie die Vernetzung verschiedener sozialer Netzwerke, sozialisierende, strukturell verbindende und entscheidungsprägende Funktionen für die Mobilisierung erfüllen (vgl. Passy 2003).

Verschiedene Organisationsstrategien können die kollektive Handlungsfähigkeit begünstigen oder auch erschweren, wobei Ergebnisse aufgrund kontingenter Verlaufsmuster nicht wirklich planbar sind und häufig nichtintendierte Effekte auftreten (Clemens u. Minkhoff 2004; Della Porta u. Diani 2006, S. 145ff). Dies hält Bewegungsakteure aber keineswegs davon ab, durch Organisationsstrategien Einfluss auf den Verlauf von Mobilisierungsprozessen zu nehmen. Ohne die umfangreiche Literatur an dieser Stelle im einzeln wiederzugeben, sollen einige für die Untersuchung relevante Dimensionen kurz benannt werden. Mit der Zahl und Heterogenität der durch die Meso-Organisation zusammengeführten Organisationen geht eine Ausweitung des Mobilisierungspotentials der mit ihnen verbundenen sekundären Akteure einher, während zugleich die internen Probleme der Meinungs- und Entscheidungsfindung zunehmen. Unterstützend für die kollektive

⁸ Gerhards und Rucht (1992) analysieren diese als „mesomobilisierende“ Akteure, Keck und Sikkink (1998) untersuchen transnationale Advocacy-Netzwerke und Sabatier und Jenkins (1999, S. 120) behandeln Advocacy-Koalitionen.

Mobilisierungsfähigkeit wirken frühere erfolgreiche Kooperationen und etablierte soziale Netzwerke (Gerhards u. Rucht 1992). Je größer jedoch die Heterogenität ist, desto höhere Anforderungen bestehen an die Organisation, durch charismatische Führerschaft, hierarchische Strukturen oder deliberative Verfahren interne Lern- und Sozialisierungsprozesse in Gang zu setzen, die zu einer Annäherung divergenter Positionen beitragen oder temporäre Interessenkompromisse herstellen. Formelle und informelle Regeln und Verfahren dieser Organisationen sind keineswegs neutral, sondern beeinflussen die interne Koordination ebenso wie die Mobilisierung von weiteren Akteuren in solche Bündnisse. Mobilisierende Organisationen und Organisationsbündnisse sind dabei häufig einem Spannungsfeld zwischen Professionalisierung und Partizipation ausgesetzt (Della Porta u. Diani 2006, S. 145ff): Während eine Professionalisierung einer Bewegungsorganisation deren Sichtbarkeit und Legitimität in der Öffentlichkeit erhöht, kann sie zugleich die soziale Distanz zu denjenigen vergrößern, die sie gegründet und zunächst unterstützt haben (Clemens u. Minkhoff 2004).

Die in der Literatur über Mobilisierungskoalitionen und Bewegungsorganisationen aufgezeigte Bedeutung von Organisations-Strategien ist auch für Standardisierungsprozesse relevant, da die kollektive Handlungsfähigkeit der an Standardisierungsprozessen beteiligten Akteuren erst einmal hergestellt werden muss. Vorliegende Studien zeigen auf, dass Formen, Regeln und Verfahren der Standardisierungsorganisationen sowohl vermittelnde als auch neutralisierende oder ausschließende Effekte haben können, welche das Momentum der internen und externen Mobilisierung für einen Standardisierungsprozesse beeinflussen (z.B. Botzem u. Quack 2006, 2009; Schmidt u. Werle 1998, S. 305ff; Tamm Hallström 2004). Während Organisationsstrategien auf die Herstellung einer Infrastruktur für Mobilisierungsprozesse zielen, hängt die eigentliche Mobilisierung jedoch wesentlich von diskursiven Framing-Strategien ab.

2.4 Framing-Strategien

Das Konzept kollektiver Handlungsrahmen, oder „Frames“, wurde in die Bewegungsforschung eingeführt, um die Wirkung des strategischen und kommunikativen Gebrauchs von Ideen und Bedeutungen für die Entstehung, Verbreitung und Dynamik von Bewegungen und Gegenbewegungen zu analysieren. Framing-Strategien vereinfachen und kondensieren Sachverhalte auf eine Art und Weise, die darauf abzielt, potentielle Anhänger und Mitglieder zu mobilisieren, den Beistand unbeteiligter Dritter zu erzielen und Gegner zu demobilisieren (Snow u. Benford 1988, S. 198, Benford u. Snow 2000, S. 612). In der politischen Kommunikationsforschung wird allgemein zwischen Framing als Makro-Strategie und Mikro-Phänomen unterschieden (z.B. Scheufele 2003; Scheufele u. Tweeksbury 2007). Ersteres umfasst die bewusste und gezielte Konstruktion von Botschaften durch öffentliche Akteure und Medien, wobei Framing mittlerweile auch von wirtschaftlichen Interessengruppen und Lobbyorganisationen betrieben wird (z.B. McGrath 2007). Letzteres beschreibt Interpretationsmuster, die es Individuen ermöglichen, Ereignisse ihrer Lebenswelt und der Welt im weiteren Sinne als Teil einer sozial geteilten Ordnung wahrzunehmen, einzuordnen und zu bezeichnen (vgl. Goffman 1974).

Für die in diesem Papier behandelten Auseinandersetzungen um private Regulierung wählen wir das strategische (Makro-)Framing der beiden Interessenkoalitionen als Ausgangspunkt, um die diskursiven Strategien und die Konstruktion von Bedeutungsmustern zu analysieren, die jeder sozialen und politischen Auseinandersetzung unterliegen (vgl. Della Porta u. Diani 2006, S. 74). Die kollektiven Handlungsrahmen der beiden Interessenkoalitionen geben Auskunft darüber, wie potentielle Koalitionspartner, zukünftige Standardnutzer und die Öffentlichkeit von der Sinnhaftigkeit und Angemessenheit der Standards überzeugt werden sollen. Sie gewähren Einblick in die Überzeugungsstrategien, die in sozialen und politischen Auseinandersetzungen um die Regulierung von Märkten verwandt werden, bei denen Produzenten und Konsumenten als Adressaten von Mobilisierungsprozessen ins Blickfeld rücken (vgl. z.B. Hiatt et al. 2009; Rao 2009; Weber 2004; Yaziji u. Doh 2009). Neue Kategorien von Produzenten und Konsumenten sollen geschaffen, kollektive Identitäten hervorgebracht und neue Märkte geformt werden. Mobilisierung für private Regulierung findet jedoch, wie Benkler (2006) zeigt, im Zeitalter des Internets nicht nur in Märkten, sondern auch in zivilgesellschaftlichen Arenen der „vernetzten Wissensproduktion“ statt (für andere Bereiche vgl. Schneiberg u. Bartley 2008). Framing-Strategien adressieren dabei nicht nur profitorientierte Unternehmen, sondern auch gesellschaftliche Einrichtungen, gemeinnützige Organisationen und Netzwerke kollaborativer Produktion, ebenso wie die Endnutzer. Über die Nutzung des Internets als Plattform und Arena für Framing-Strategien liegen aber bisher nur wenige Studien vor (vgl. als Ausnahme van de Donk et al. 2004).

Bei der Analyse der Framing-Strategien folgen wir der in der Literatur üblichen Unterscheidung von diagnostischen, prognostischen und motivationalen Elementen (Snow u. Benford 1988, S. 219ff). *Diagnostisches Framing* zielt auf die Problembeschreibung und Ursachenzuschreibung, benennt Verursacher und definiert zumindest implizit den Kreis der Akteure, die legitimerweise an der Meinungsbildung und Problemlösung beteiligt sein sollen. *Prognostisches Framing* richtet sich auf die Benennung einer möglichen Problemlösung oder zumindest einer Proteststrategie, die von Ablehnung über Alternativen bis hin zu Reformvorschlägen reichen kann. Gerhards und Rucht (1992, S. 582) weisen darauf hin, dass gerade bei Proteststrategien die Mittel und Methoden zur Erreichen des Ziels häufig vage oder unklar bleiben. Die Formulierung von bislang unbekanntem Alternativen kann demgegenüber neue kollektive Vorstellungsräume eröffnen (Della Porta u. Diani 2006, S. 77). *Motivationales Framing* bietet Begründungen und Motivationen für bislang Außenstehende an, weshalb sie trotz Aufwand, Kosten und Unsicherheit aktiv werden und sich an kollektiven Handlungen beteiligen sollen. Um dies zu erreichen, versuchen Framing-Strategien Verbindungen zu privaten und kollektiven Erfahrungen der Zielgruppen herzustellen und die Bedeutung der thematisierten Probleme für alltägliche Lebenserfahrungen aufzuzeigen (Benford u. Snow 2000, S. 619). Die motivationale Dimension kann sich aber auch in einer moralischen Bewertung der Diagnose erschöpfen (vgl. Gerhards u. Rucht 1992, S. 583). Zusammengenommen dienen diese Elemente der Mobilisierung von Konsens innerhalb der Bewegung und der Mobilisierung von Unterstützung durch Außenstehende (vgl. Benford u. Snow 2000, S. 615-618).

In vielen Fällen sind die Aktivisten sozialer Bewegungen nicht nur Kritiker, sondern sie schaffen auch kollektive Identitäten und Institutionen. Rao (2009) argumentiert, dass in solchen Fällen Framing-Strategien besonders erfolgreich sind, die eine „hot cause“ benennen, die Emotionen hervorruft sowie einen in kollektiver Identität mündenden Gemeinschaftssinn schafft, und zugleich mittels „cool mobilization“ diese Identität der Mitglieder verstetigt, um ihre Bindung und ihr Engagement aufrecht zu erhalten. Framing-Strategien, die „hot causes“ und „cool mobilization“ verbinden, sind nach Rao besonders effektiv, weil sie an alltäglichen Lebenserfahrungen und kulturellen Narrativen anknüpfen und gleichzeitig die vormaligen Zuschauer zu neuen Verhaltensweisen einladen. Die damit verbundenen Erfahrungen, die Improvisationscharakter und zugleich etwas rebellisches und aufrührerisches haben, binden sie in der Folge an die Bewegung. Dies erscheint insbesondere im hier interessierenden Bereich der privaten Regulierung für die Erstellung und Distribution nicht-materieller Informationsgüter relevant, indem vergleichsweise abstrakte Probleme immer wieder in soziale Interaktionsnetzwerke eingebettet werden müssen.

Der Erfolg von Framing-Strategien hängt zum einen von der internen Konsistenz und Hervorhebung der Frames ab. Zum anderen ist ausschlaggebend, inwiefern es den Frames gelingt, eine Brücke zu individuellen Bedeutungsmustern und Handlungspraxen zu schlagen und latente Gemeinsamkeiten der Adressaten als erlebte Gemeinsamkeiten zur Grundlage von Mobilisierungsprozessen zu machen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, Identitäten durch Anzweifeln bestehender und Propagierung neuer kultureller Klassifikationen in einer Weise zu verändern, die Aktivierung und Mobilisierung fördert. Hier besteht wiederum eine Parallele zu Standardisierungsprozessen, da die Verbreitung der Standards davon abhängt, ob und in welchem Umfang die Framing-Strategien der Standardsetzer auf Resonanz unter den Endnutzern digitaler Technologie und Internetinhalte stoßen. Alltagspraxen von Adressaten wurden jedoch bislang in der Bewegungsforschung eher vernachlässigt (vgl. Walder 2009 S. 406), so wie auch Standardisierungsprozesse bislang nicht systematisch als Mobilisierungs-Outcome untersucht wurden.

Ziel der folgenden Ausführungen ist es, zu untersuchen, welche Wirkungen Organisations- und Framing-Strategien auf Mobilisierungsprozesse in Standardisierungsprojekten haben. Während Forschungen zur Protestmobilisierung im politischen System zeigen, dass Organisationsformen und diskursive Strategien eine schwache Ressourcenausstattung zu einem gewissen Maße kompensieren können (Haunss u. Kohlmorgen 2009, 2010; Sell 2003; Sell u. Prakash 2004), liegen vergleichbare Untersuchungen für „konstruktive“ Mobilisierungen noch nicht vor. Deshalb werden die Standardisierungsprojekte der Urheberrechts- und Fair-Use-Koalition als Gegenmobilisierungen (Meyer u. Staggenborg 1996) analysiert.

3. Empirische Analyse: Digitale Kopierschutztechnologien versus alternative Urheberrechtslizenzen

Im Anschluss an TRIPS-Abkommen und WIPO-Verträge verlagerten sich soziale und politische Auseinandersetzungen um geistige Eigentumsrechte vor allem in den Bereich privater Regulierung. Ausgangspunkt für diese Konflikte waren die Versu-

che von Teilen der Urheberrechts- und Verwertungsindustrie ihre Entgeltansprüche umfassend und zwingend gegenüber kollektiven, zumeist nicht-profitorientierten Nutzern (wie etwa öffentlichen Bibliotheken und wissenschaftlichen Institutionen) oder individuellen Endverbrauchern durchzusetzen, deren Zugang zu immateriellen Gütern in Zeiten digitaler Medien und des Internets immer einfacher wurde. May und Sell (2006, S. 182-183) sehen derart urheberrechtlich abgesicherte, digitale Kopierschutztechnologien („Digital Rights Management“, DRM) als (weitere) Verstärkung von Urheberrechtsbestimmungen und als Aushebelung von „Fair Use“⁹ und anderen freien Nutzungsarten, die vor der digitalen Wende von den Urheberrechtsindustrien noch toleriert wurden (vgl. auch Bach 2004 bzw. zu DRM: Becker et al. 2003 sowie Rosenblatt et al. 2002). Aus Protest gegen die rechtliche Ausweitung des Urheberrechts, aber auch in kritischer Auseinandersetzung mit der DRM-Strategie der Urheberrechtskoalition formierte sich zunächst in den USA und später auch in Europa und anderen Kontinenten eine Fair-Use-Koalition.

In beiden Fällen verfolgten die Interessenkoalitionen das Ziel, Urheberrechte an kulturellen Gütern durch private Standardisierung von Handlungsrechten und -praktiken zu (re-)definieren und zu verankern. Zugrunde lagen allerdings diametral entgegengesetzte normative Orientierungen: Von Seiten der Urheberrechtskoalition sollte mit Hilfe von standardisierten Technologien für das Management digitaler Rechte (Digital Rights Management, DRM) das Urheberrecht zwingend durchgesetzt und in Bereiche der Privatkopie, die bisher Schutzklauseln unterlag, ausgedehnt werden. Von Seiten der Fair-Use-Koalition war das Ziel, mittels standardisierter Lizenzverträge unter der Bezeichnung „Creative Commons“ (CC) einen möglichst großen Pool („Allmende“) digitaler Inhalte verschiedener Art zu etablieren, die (je nach Lizenz) für Weitergabe, -verwendung oder -veränderung durch Dritte ohne Nachfrage zur Verfügung stehen. Für beide Koalitionen stellte sich gleichermaßen die Frage, wie die Durchsetzung ihrer jeweiligen, privaten Regulierungsinitiativen gegenüber Nutzern erreicht und die Unterstützung bestimmter Gruppen von Urhebern gewonnen werden konnte.

In vieler Hinsicht wäre zu Beginn der Jahrtausends zu erwarten gewesen, dass die Urheberrechts-Koalition ihre vormaligen Erfolge im politischen Lobbying auch in den Bereich der privaten Regulierung ausdehnen könnte. Die Urheberrechts-Koalition bestand aus einer vergleichsweise homogene Gruppe von Unternehmen und Industrieverbänden, verfügte über umfangreiche materielle und infrastrukturelle Ressourcen und eine langjährig erprobte Vernetzung ihrer Aktivitäten in der Interessenpolitik (Bach 2004). Demgegenüber war die Fair-Use-Koalition erst in der Entstehung begriffen, umfasste eine diffuse Gruppe von Personen und neu gegründeten zivilgesellschaftlichen Organisationen und verfügte nur in begrenztem Umfang über materielle und infrastrukturelle Ressourcen. Rund zehn Jahre später stellt sich die Situation aber komplexer dar. Bei der Be-

9 Die „Fair Use“-Klausel hat im anglo-amerikanischen Copyright-System eine ähnliche Funktion wie die verschiedenen Schrankenbestimmungen im kontinentaleuropäischen Urheberrecht, nämlich gewisse gesellschaftlich wünschenswerte Nutzungsarten unabhängig von der Zustimmung des Rechteinhabers zu erlauben. Im Unterschied zu den Schranken, die immer eine konkrete Ausnahme kodifizieren, stellt Fair Use quasi eine Generalklausel dar, die erst richterrechtlich konkretisiert wird.

antwortung der Frage, warum die zuvor im Lobbying der Politik sehr erfolgreiche Urheberrechtskoalition bei der Einführung rechtlich abgesicherter DRM-Standards teilweise gescheitert ist, während es der vormals diffusen und ressourcenschwachen Fair-Use-Koalition gelang, alternative Lizenzstandards für Online-Inhalte zu etablieren, kann die Analyse der Organisations- und Framing-Strategien beider Gruppen weiterhelfen. Im Folgenden werden für jeden Fall Ausgangssituation und Kontext, Organisations- und Framing-Strategien sowie der Mobilisierungsverlauf dokumentiert und diskutiert.

3.1 Methodisches Vorgehen

Die der folgenden Darstellung zugrunde liegende empirische Studie gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil wurden ausgehend von einer Literatur- und Dokumentenrecherche, die vor allem der Dokumentation des Mobilisierungskontextes diente, semi-strukturierte Interviews mit Vertretern der NGOs Creative Commons und Wikimedia – der Organisation hinter der Online-Enzyklopädie Wikipedia – durchgeführt, die sowohl die internationalen Organisationen als auch ihre nationalen Partnerorganisationen umfassen. Zum technologischen Management digitaler Rechte wurden explorative Interviews mit Teilnehmern von Standardisierungskonferenzen geführt. In beiden Bereichen dienten die Interviews dazu, unser Verständnis der Organisationsstrategien der Akteure zu verbessern und die folgende Framing-Analyse zu kontextualisieren.

Der zweite Teil umfasst die Analyse der Framing-Strategien: Diese basiert auf einer Analyse von online verfügbaren Schlüsseldokumenten, die von zentralen Akteuren beider Koalitionen im Zeitraum von 1998 bis 2009 veröffentlicht wurden, sowie einer Durchsicht von Presseberichten und anderen Dokumenten (z.B. Stellungnahmen in Gesetzgebungsverfahren, Foliensätze von Konferenzen, etc.) aus dem gleichen Zeitraum. Im Rahmen der Framing-Analyse wurden möglichst *ungefilterte* Versuche der involvierten Akteure in den Blick genommen, (Herausforderungen der) Urheberrechtsregulierung im Spannungsfeld privater und öffentlicher Regulierungsmittel zu framen. Aus diesem Grund haben wir den Fokus auf bewusst und überlegt formulierte, öffentliche Äußerungen auf Internet-Präsenzen, die sich an ein breites Publikum richten, gelegt. Im Unterschied zu redaktionell gefilterter Medienberichterstattung oder Interviewdaten, die sich ja gerade nicht an eine breite Öffentlichkeit richten, erlaubt dieser Ansatz einen direkten Zugang zu Versuchen von strategischem Framing gegenüber einer breiten Öffentlichkeit.¹⁰ Kriterium für die Auswahl des Materialkorpus war demnach thematische Relevanz und Substanz beispielhafter Texte fokaler Akteure, eine Vorgehensweise wie sie insbesondere im Bereich diskursanalytischer Verfahren üblich ist (vgl. z.B. Phillips u. Hardy 2002; Keller 2007).

Konkret haben wir in einem ersten Schritt Schlüsseltexte auf Homepages von jeweils drei zentralen Akteuren (International Federation of the Phonographic Indust-

¹⁰ Die im Folgenden analysierten Framing-Strategien sind deshalb breiter angelegt als die in klassischen Zeitschriftenanalysen untersuchten Rahmungen (vgl. Koopmans u. Statham 1999; für Urheberrechtskonflikte Haunss u. Kohlmorgen 2009).

ry, Recording Industry Association of America, Motion Picture Association of America bzw. Electronic Frontier Foundation, Creative Commons, Wikimedia) in drei Zeiträumen, nämlich pre-Napster (1998-2000), am Höhepunkt der Napster-Debatte (2003-2005) sowie post-Napster (2008-2010) für eine Detailanalyse identifiziert. Neben den aktuellen Homepages (2008-2010) wurden die beiden anderen Erhebungszeiträume (1998-2000 bzw. 2003-2005) mit Hilfe der „Wayback-Machine“ (Notess 2002) ex-post rekonstruiert. Ausgewählt und zu einem Analysekorpus zusammengefasst wurden jeweils möglichst ausführliche Texte wie FAQs oder Erläuterungstexte, um der thematischen Bandbreite gerecht zu werden.

In einem zweiten Schritt wurden induktiv Argumentationslinien identifiziert (Mayring 2003, Kuckartz 1999), die in einem dritten Schritt den theoretischen Framing-Kategorien (diagnostisch, prognostisch und mobilisierend) zugeordnet wurden. In die weitergehende Analyse, wie sie auch in diesem Aufsatz dargelegt ist, wurden nur jene Argumentationslinien einbezogen, die in sämtlichen drei Erhebungszeiträumen auffindbar waren. Dies einerseits, um dauerhaft-fortgesetzte und damit dominante Framing-Strategien zu identifizieren, und andererseits um Zufallsartefakte bedingt durch die Wahl der Erhebungsstichtage zu vermeiden.

Der dritte Teil bezieht sich auf die Dokumentation der Mobilisierungsverläufe. Um die Resonanz von Organisations- und Framing-Strategien mit den Einstellungen und Praktiken der Adressaten feststellen zu können, würde man sich idealerweise detaillierte Umfrageergebnisse, Marktforschungsstudien und qualitative Befragungen von Internetnutzern wünschen. Solche Studien befinden sich jedoch noch in den Anfängen und waren im Rahmen der Ressourcenausstattung unseres Projektes nicht realisierbar. Stattdessen greifen wir auf quantitative und qualitative Indikatoren aus vorliegenden Studien zurück: Im Hinblick auf die Urheberrechtskoalition werden zum einen die offiziellen Verlautbarungen von Autoren/Urhebern und Elektronikproduzenten über ihre Beteiligung an bzw. ihren Rückzug aus dem DRM-Standardisierungsprojekt herangezogen. Zum anderen verwenden wir Daten zu Markttrends in der Verbreitung bestimmter Musik- und Filmformate, sowie Presse- und Internetberichte über kritische Nutzerreaktionen und Gegenmobilisierungen. Für die Fair-Use-Koalition verweisen wir auf Statistiken über die Nutzung von Creative Commons Lizenzen, Beiträge zu Wikipedia und Inhalten auf bzw. Downloads von commons-basierten Webseiten wie Jamendo und Flickr. Diese werden abgerundet durch vorliegende Analysen von Internetdebatten (Herman 2009) und virtuelle Ethnographien über die Einstellungen und Praktiken individueller Internetnutzer (Bajde 2010).

3.2 Von TRIPS zum Napster-Schock: technologisch-rechtliche Doppelstrategie der Koalition zur Urheberrechtsdurchsetzung

3.2.1 Ausgangssituation und Kontext

Die Kombination aus digitaler Universalmaschine PC und digitalem Netzwerk Internet stellt in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung für die traditionellen, über Jahrzehnte gewachsenen Geschäftsmodelle von Urheberrechtsindustrien dar (Schumann u. Hess 1999; Marks u. Turnbull 1999; Kiefer 2005), zu denen das

Zeitungswesen, Verlage, Filmstudios, Musiklabels, Radio- und Fernsehanstalten und die Hersteller von Unternehmens- und Unterhaltungssoftware gezählt werden (Siwek 2006): Erstens erlaubt Digitalisierung die Trennung von Inhalt und Trägermedium – eine Bündelung, die von zentraler Bedeutung für die Rechteverwertungsindustrie ist, verkauft diese ja nicht Musik, Filme oder Romane, sondern CDs, DVDs und Bücher. Zweitens ermöglicht das verlust- und verzögerungsfreie Kopieren von digitalen Inhalten mittels im Internet vernetzter PCs die bereits angesprochenen Peer-to-Peer-Tauschbörsen und andere Formen von massenhaften Privatkopien. Drittens beginnen Werkschaffende dank gesunkener Produktions- und Distributionskosten ihre Arbeiten unmittelbar und unabhängig von Verlagen oder Plattenlabels öffentlich zugänglich zu machen (vgl. Dolata 2008 für eine Beschreibung dieses technologieinduzierten Wandels am Beispiel der Musikindustrie).

Tabelle 1: Marktbeherrschende transnationale Konzerne in Musik-, Film- und Softwareindustrie sowie dem wissenschaftlichen Verlagswesen

Musikindustrie ¹¹	Filmindustrie ¹²	Softwareindustrie ¹³	Wissenschaftsverlage ¹⁴
Universal/Polygram	Walt Disney Company	Microsoft	Reed Elsevier
SonyBMG	Warner Bros.	IBM	Thomson
Warner Music Group	Sony Pictures	Oracle	Wolters Kluwer
EMI	Dreamworks	SAP	Springer
	News Corp. (inkl. 20 th Century Fox)	Hewlett-Packard	John Wiley
	NBC Universal		American Chemical Society
			Blackwell Publishing
			Taylor & Francis

Angesichts teilweise stagnierender bzw. sinkender Umsätze und steigender Internet-Downloads kultureller Güter zeigte sich die US-amerikanische Medienindustrie seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend besorgt über ihre zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. In Europa und Japan sah die Situation nicht wesentlich anders aus (Bach 2004). Obwohl der Zusammenhang zwischen sinkenden Industrieum-

11 Vgl. Angaben der IFPI für 2005 unter http://www.ifpi.org/content/section_news/20050802.html [22.04.2009] sowie Heilmann im Handelsblatt vom 07.06.2006 unter <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/nachschlag-gefaellig;1089689> [24.04.2009].

12 Vgl. Handelsblatt vom 14.09.2004 unter <http://www.handelsblatt.com/archiv/sony-setzt-time-warner-mit-mgm-kauf-erneut-stark-zu;790403> [24.04.2009].

13 Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/38792> [28.07.2008] sowie Gebert im Handelsblatt vom 27.07.2004 unter <http://www.handelsblatt.com/archiv/merger-endgames-in-software;767905> [24.04.2009].

14 Weltmarktanteil von Anbietern im Bereich Science-Technics-Medicine-Zeitschriften (House of Commons 2004, S. 13).

sätzen und steigenden Downloads wissenschaftlich umstritten blieb,¹⁵ sahen führende Vertreter der Verwertungsindustrien die Ursache in der rasch steigenden Zahl von kommerziellen und privaten „Piraten“, welche die Existenzbedingungen der Industrien mit negativen Auswirkungen auf die Innovations- und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft bedrohten.

Die Reaktion der Urheberrechtsindustrie war eine doppelte: Die Entwicklung immer ausgefeilterer und lückenloserer Kopierschutztechnologien (DRM), die gleichsam beiläufig und unauffällig die Einhaltung von Verwertungsrechten sichern würde¹⁶, erschien verglichen mit der Sisyphosaufgabe der gerichtlichen Durchsetzung urheberrechtlicher Bestimmungen gleich welcher Art in den Wohnzimmern von Millionen individueller Konsumenten eine effektive und verlockende Strategie, insbesondere wenn sie durch Lobbying für ein strengeres Urheberrecht flankiert werden konnte. „Flankiert“ kann hier wörtlich genommen werden, zielte dieses zu einem großen Teil darauf ab, DRM-Technologien rechtlich abzuschließen und gegen Umgehung zu schützen. Eine Strategie, die Bach (2004) als „double punch of law and technology“ bezeichnet und die Kretschmer (2003, S. 5) folgendermaßen zusammenfasst: „Digital copyright protects the technology that protects the law that was to protect creative material in the first place.“

Bei der Verfolgung dieser Doppelstrategie in den internationalen Verhandlungen um das TRIPS-Abkommen und WIPO-Verträge setzte die Urheberrechtsindustrie ihre seit langem existierende, ressourcenstarke und gut vernetzte Infrastruktur von US-amerikanischen und internationalen Industrieverbänden und Lobbyorganisationen ein (siehe Tabelle 2). Diese war bereits im Jahre 1984 durch die Gründung der International Intellectual Property Alliance (IIPA), einem Zusammenschluss von acht Industrievereinigungen der Urheberrechtsindustrie, verstärkt worden. Die IIPA wurde in den Folgejahren zur wohl international mächtigsten Lobbygruppe der Urheberrechtskoalition (Drahos u. Braithwaite 2002, S. 91ff), die neben direktem Lobbying von Politikern ganz wesentlich durch Berichte und Kampagnen zu Piraterie die öffentliche Meinung zu Digital Rights Management-Technologien zu beeinflussen suchte.

Tabelle 2: Auswahl transnational tätiger Industrieverbände mit Fokus auf Urheberrechtsthematik

Gründungsjahr	Organisation
Ca. 1930	Motion Picture Association of America (MPAA) (www.mpa.org)
1933	International Federation of the Phonographic Industry (IFPI) (www.ifpi.org)
1952	Recording Industry Association of America (RIAA) (www.riaa.com)
1984	International Intellectual Property Alliance (IIPA) (www.iipa.com)

15 Peter Tschmuck liefert auf seinem Blog „Musikwirtschaftsforschung“ einen Überblick über den Stand der Forschung zu diesem Thema: <http://musikwirtschaftsforschung.wordpress.com/2009/05/25/wie-bose-ist-das-file-sharing-teil-18/> [23.04.2010].

16 So formulierte der Vizepräsident des Medienkonzerns Disney Peter Lee einmal: „Wenn die Konsumenten auch nur wüssten, dass es da ein DRM gibt, was es ist und wie es funktioniert, hätten wir schon verloren“ (zitiert in Jakobs 2007).

3.2.2 Organisationsstrategie

Bereits lange bevor internationale Verträge Ende der 1990er Jahre im Rahmen des Digital Millennium Copyright Act (DMCA) in den USA sowie im Gefolge der EU-Urheberrechtsrichtlinie in nationales Recht gegossen wurden, verfolgten die erwähnten Akteure aus dem Bereich der Urheberrechtsindustrien parallel das Ziel einer verbesserten Urheberrechtsdurchsetzung mittels digitaler Rechtekontrollsysteme (DRM, vgl. Bach 2004). Als deren Vordenker darf wohl Mark Stefik, Forscher am Xerox Palo Alto Research Center (PARC), gelten, der bereits 1994 (erschieden in Stefik 1996) das militärische Konzept der „*Trusted Systems*“ – Systeme mit verschiedenen Sicherheitsstufen – in den Bereich digitaler Gütermärkte importierte. Mit einer Kombination aus Hard- und Software sollten sowohl Werke als auch deren Verwendung einzeln von einem zentralen „Digital Property Trust“ (DPT) zertifiziert werden und damit lückenlose Kommerzialisierung und Kontrolle jeglicher Werknutzung ermöglichen. Kryptographisch (z.B. durch digitale Verschlüsselung) und mittels in Ausgabegeräten integrierten Modulen (sog. „Trusted Platform Modules“) abgesichert würde so bei jeder Nutzungshandlung überprüfbar, ob die Rechte am Werk und an der gewünschten Nutzungsweise (z.B. Abspielen eines Films, Drucken oder Weitergabe eines Dokuments, etc.) vorhanden sind (vgl. Grassmuck 2004).

Voraussetzung für die Regulierung von Urheberrechten durch „Trusted Systems“ ist aber eine industrieweite Standardisierung. Marks und Turnbull (1999, S. 11) halten diesbezüglich fest: „Effective copy protection requires application of technology and copy protection obligations to all devices and services that are capable of playing back, recording and/or transmitting protected content.“ Zu den ambitioniertesten weil breitesten Standardisierungsversuchen zählten jene im Rahmen der „Copy Protection Technical Working Group“ (CPTWG) mit Fokus auf Videomaterial (Marks u. Turnbull 1999) sowie die „Secure Digital Music Initiative“ (SDMI) der Musikindustrie (Levy 2000).

Erstere wurde 1996 von den großen Filmstudios (vgl. Tabelle 1) und Branchenverbänden wie der MPAA ins Leben gerufen, um in Zusammenarbeit mit Elektronik- und Computergeräteherstellern und unter Beteiligung von Softwarefirmen digitale Verschlüsselungssysteme zu erarbeiten. Die Treffen, auf denen Standardisierungsalternativen diskutiert und verhandelt wurden, nahmen die Form lose koordinierter Fachkonferenzen an (vgl. Möllering 2010 für eine ausführliche Analyse solcher „feldkonfigurierenden“ Ereignisse in der Lithografie-technologie), bei denen das Wettbewerbs- und Kartellrecht relativ offene Teilnahmeregelungen erforderlich machte. So gab es bei der CPTWG keine Einschränkungen für die Beteiligung. Genau diese Offenheit und Informalität führte aber auch dazu, dass die Entscheidungswege für die Beteiligten nicht immer offensichtlich waren. In den Worten einer Teilnehmerin: „It was a mystery to me, how decisions were made.“

Die Interessenslage innerhalb dieser Industrieinitiative war allerdings keineswegs einheitlich: Wünsche nach möglichst hohem Schutzniveau auf Seiten der Rechteinhaber wurden von Hardware-Produzenten unter Verweis auf hohe Entwicklungskosten und Akzeptanzprobleme unter Konsumenten zurückgewiesen.

Letztere waren allerdings auf Zugang zu Inhalten für den Verkauf ihrer Geräte sowie teilweise auf von der Filmindustrie kontrollierte Patente angewiesen (z.B. im Bereich der DVD-Technologie, vgl. Samuelson 2003, zitiert in Bach 2004, S. 8). Die Konfliktlinien verliefen teilweise quer durch Konzerne wie beispielsweise Sony, die gleichzeitig als Rechteinhaber (Sony Pictures) und als Hardware-Produzent auftraten und in der Regel auch mit Vertretern der jeweiligen Teilbereiche an den Treffen teilnahmen. Die Gerätehersteller standen vor dem Dilemma, einerseits auf die Forderungen der Urheberrechtsindustrie nach einem hohen Schutzniveau einzugehen und andererseits gegenüber potentiellen Endkunden Nutzungseinschränkungen bei ihren Produkten kommunizieren zu müssen. Dies schlug sich auch in ihren Framing-Strategien nieder, auf die wir im nächsten Abschnitt eingehen.

Im Musikbereich verlief die Entwicklung insofern anders, als sich bereits Mitte der 1990er Jahre das kopierschutzfreie MP3-Format am Markt etabliert hatte, das sowohl von Endgeräteherstellern als auch von Konsumenten positiv aufgenommen wurde. Es erlaubte digitale Musikinhalte zu komprimieren und führte Ende der 1990er Jahre zur Verbreitung von Internet-basierten Filesharing-Diensten – allen voran das 1999 gestartete Napster (Green 2002) – zum Tausch digitaler Musikdateien. Angesichts eines bereits verbreiteten, kopierschutzfreien Standards sowie dem gescheiterten Versuch der Recording Industry Association of America (RIAA) entsprechende Abspielgeräte gerichtlich verbieten zu lassen (Levy 2000), war die Ausgangssituation für die Durchsetzung von technischen Kopierschutzstandards für die Rechteinhaber und deren Verbände bereits schwieriger als im Film- und DVD-Bereich.

Als Antwort auf den MP3-Standard gründeten die amerikanische RIAA, ihr japanisches Pendant RIAJ sowie die IFPI im Jahr 1998 die Secure Digital Music Initiative (SDMI). An diesem Standardisierungsforum, das wie die CPTWG in Form von Konferenzen organisiert war, nahmen mehr als 200 IT-Elektronikhersteller, Hersteller von Sicherheitstechnologie, Internetdienstleistungsanbieter und Plattenfirmen teil. Bereits im Mai 2001 führten jedoch technische Probleme und unüberwindbare Konflikte zwischen Rechteinhabern und der Elektronikindustrie zur Schließung des Forums (vgl. u.a. Levy 2000). Auch konkurrierende, weniger umfassende DRM-Projekte wie "PressPlay" (betrieben von einem Joint Venture von Sony und Universal Music) und "MusicNet" (an dem sich die übrigen der damals noch fünf Major Labels EMI, BMG and Warner beteiligten) hatten mit Koordinationsproblemen innerhalb der Standardisierungskoalition aufgrund von Interessendivergenzen zu kämpfen (vgl. Dolata 2008, S. 17 f.; Rosenblatt et al. 2002, S. 134). Verschiedene Hersteller versuchten parallel dazu eigene proprietäre DRM-Standards zu lancieren, die aber nicht die erforderlichen ökonomischen Netzwerkeffekte (Farrell u. Saloner 1986, 1987; Shapiro u. Varian 1999) erreichten (Buhse u. Günnewig 2005; Pohl 2007).

Den Durchbruch für kommerziellen Online-Musikvertrieb und damit gleichzeitig das vorläufige Ende von (umfassenden) DRM-Initiativen im Musikbereich brachte schließlich mit Apple Computer ein branchenexterner Akteur. Dessen iTunes Music Store verfügte zwar zu Beginn auf Druck der Major Labels auch über DRM-Restriktionen, deren wichtigstes Merkmal aber ihre relativ leichte Umgehbarkeit darstellte. So erlaubte das Apple-DRM gekaufte Musik als CD zu brennen

und danach im DRM-freien MP3-Format zu re-importieren. Dieser Vorgang ist zwar nicht völlig verlustfrei, war für die große Mehrheit der Konsumenten aber scheinbar ein gangbarer Kompromiss. Ab April 2007 verkaufte Apples iTunes mit EMI als erstem Major-Label Musik im Internet ohne DRM (Jobs 2007). Andere Major Labels folgten.

Trotz ihrer umfangreichen materiellen Ressourcen begegnete die Urheberrechtskoalition bei der Entwicklung technischen Standards für Kopierschutz und Urheberrechtsmanagement einer Vielzahl von Problemen kollektiven Handelns. Die gewählte Organisationsstrategie, die aus einer losen Abfolge unverbindlicher Standardisierungskonferenzen bestand, war nur bedingt in der Lage, diese Probleme zu lösen. Während im Videobereich ein einheitlicher CPTWG Standard unter Mitwirkung der maßgeblichen Akteure entwickelt wurde, konkurrierten im Musikbereich zahlreiche, zum Teil kurzlebige DRM-Standardisierungsprojekte mit dem bereits existierenden kopierschutzfreien MP3-Format. In beiden Bereichen entstand damit entgegen der ursprünglichen Absicht, DRM still und leise einzuführen, erheblicher Rechtfertigungsbedarf für die Urheberrechtskoalition, um die Vorteile solcher Kopierschutzstandards gegenüber der Politik und den Nutzern zu verdeutlichen.

3.2.3 Framing-Strategie

Zur Rechtfertigung der DRM-Standards griffen die maßgeblichen Akteure – Vertreter der Urheberrechtsindustrien (vgl. Tabelle 1) und deren finanzstarke Lobbyorganisationen wie die die MPAA, die RIAA und die IFPI – auf eine Kombination *diagnostischer* Argumente zurück, die es ihnen erlaubte, unterschiedliche Zielgruppen parallel zu adressieren: Während die Behauptung (volks-)wirtschaftlicher Verluste durch Verletzung von Urheberrechten an die Gemeinwohlorientierung politischer Akteure anknüpfte und auf einer neoklassischen Konzeption von Urheberrechtsmärkten fußte (vgl. z.B. Liebowitz 2003), versuchte die Betonung persönlichkeitsrechtlicher Aspekte sowie der negativen Auswirkungen auf das Einkommen von Urhebern die Interessen (vor allem: prominenter) Kunst- und Kulturschaffender aufzugreifen. Letzteres zielte nicht zuletzt auf die Unterstützung durch Verwertungsgesellschaften und deren internationalen Dachverbänden, die treuhändisch die Ansprüche von Urhebern und Inhabern verwandter Schutzrechte vertreten, fügt sich aber auch in das allgemeinere Argumentationsmuster, dass die für Qualitätsinhalte erforderliche Bezahlung nur über den Verkauf knapper Güter auf Märkten zu realisieren sei. Ein zentrales Motiv war dabei, Urheberrecht nicht isoliert sondern im Kontext von „geistigem Eigentum“ generell zu verhandeln: Jegliche Verstöße gegen geistige Eigentumsrechte – von Markenpiraterie über Medikamentenfälschung bis hin zu Musik-Filesharing – werden so als in ähnlicher Weise (volks-)wirtschaftlich wie gesellschaftlich schädliche Piraterie gebrandmarkt (Kur 2010).

Tabelle 3: Framing-Strategien der Urheberrechtskoalition

<i>Framing-Dimension</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Beispiele (Quelle)</i>
Diagnostisch	Massenhafte Urheberrechtsverletzungen schaden Volkswirtschaft und Gesellschaft	<p>“It’s commonly known as piracy, but it’s a too benign term that doesn’t even begin to adequately describe the toll that music theft takes on the many artists, songwriters, musicians, record label employees and others whose hard work and great talent make music possible.” (RIAA)¹⁷</p> <p>“Worldwide, video piracy costs the American motion picture companies \$2.5 billion a year in lost revenues.” (MPAA)¹⁸</p> <p>“In the music industry, piracy represents a massive US\$4.5 billion illicit enterprise, with ever-closer links to international organised crime.” (IFPI)¹⁹</p>
	Urheberrechtsverletzungen sind vergleichbar mit Marken- und Produktpiraterie	<p>“Piracy: Online and on the Street” (RIAA)²⁰</p> <p>„[U]nauthorised copying and dissemination of copyrighted works is theft, pure and simple.“ (IFPI)²¹</p>
Prognostisch	Ausdehnung des urheberrechtlichen Schutzes fördert die Wirtschaft sowie Kunst & Kultur	<p>“When the U.S. film industry succeeds, everyone benefits. (...) The impact is clear — the global film industry creates more jobs, more entertainment choices and more opportunities for the creative professions. Protecting the original creative works of the film and TV industry from theft benefits everyone.” (MPAA)²²</p>
	DRM sichert die Durchsetzung des Urheberrechts und den Zugang zu kulturellen Gütern	<p>“Copy protection benefits consumers as well as the industry because without these safeguards, the industry would not be able to release their high-quality digital content for fear of widespread and rampant piracy.” (MPAA)²³</p> <p>„What services does IFPI provide? (...) Developing technical measures to protect copyright (in co-operation with other industries).“ (IFPI)²⁴</p>

17 Vgl. <http://www.riaa.com/faq.php> [21.05.2010].

18 Vgl. <http://web.archive.org/web/20000815060152/www.mpaa.org/anti-piracy> [26.07.2010].

19 Vgl. http://replay.waybackmachine.org/20040409094508/http://www.ifpi.org/site-content/copy-rightcreativity/what_is_copyright.html [26.07.2010].

20 Vgl. <http://www.riaa.com/physicalpiracy.php> [06.04.2010].

21 Vgl. http://replay.waybackmachine.org/20040409094508/http://www.ifpi.org/site-content/copy-rightcreativity/what_is_copyright.html. [26.07.2010].

22 Vgl. <http://www.mpaa.org/contentprotection/faq> [26.07.2010].

23 Vgl. <http://web.archive.org/web/20051223120922/mpaa.org/anti-piracy/> [27.07.2010].

24 Vgl. <http://replay.waybackmachine.org/20040216040733/http://www.ifpi.org/site-content/about/services.html> [26.07.2010].

<i>Framing-Dimension</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Beispiele (Quelle)</i>
	Erziehung der Konsumenten durch Belehrung und Abschreckung	<p>“Where the „educational“ approach was not successful, cease and desist letters were issued.“ (IFPI)²⁵</p> <p>“We are continuing our efforts to educate fans about the value of music and the right ways to acquire it and, when necessary, to enforce our rights through the legal system.” (RIAA)²⁶</p> <p>“To combat copyright infringement, the MPAA is working closely with the United States Chamber of Commerce to educate citizens about piracy’s effect on the US economy and the broader American public, The Chamber recently held a “Fight the Fakes” poster contest...” (MPAA)²⁷</p>
Mobilisierend	<p>Starker Urheberrechtsschutz schafft Innovation und Wirtschaftswachstum</p> <p>Durchsetzung des Urheberrechtsschutzes fördert Kunst&Kultur</p>	<p>“Copyright has underpinned an extraordinary modern economic success story, accounting for tens of millions of jobs worldwide. The dramatic growth of the artistic, cultural and other creative industries in today’s major economies would have been impossible without the strong levels of copyright protection that those countries have developed over many decades.” (IFPI)²⁸</p> <p>“Working with law enforcement and other entities to safeguard intellectual property rights as a cornerstone of our global information economy.”²⁹</p> <p>“To all artists, ‘copyright’ is more than a term of intellectual property law that prohibits the unauthorized duplication, performance or distribution of a creative work. To them, „copyright“ means the chance to hone their craft, experiment, create, and thrive.” (RIAA)³⁰</p>

25 Vgl. <http://replay.waybackmachine.org/19990203020134/http://www.ifpi.org/piracy/internet.html> [26.07.2010]. Die Deutsche Sektion der IFPI formuliert in diesem Zusammenhang noch expliziter: "Im Rahmen der 2007 etablierten 3-Stufen-Strategie Aufklären – Abschrecken – Abmahnen wurde die Zahl der Verfahren kontinuierlich erhöht, sodaß ... die Zahl der illegalen Downloads heute unter 300 Millionen liegt“ (Vgl. <http://www.musikindustrie.de/10beliebtevorurteile> [06.04.2010]).

26 <http://www.riaa.com/physicalpiracy.php> [26.10.2010].

27 Vgl. http://www.mpaa.org/Issues_EduOutreach.asp [06.04.2010].

28 Vgl. http://www.ifpi.org/content/section_views/what_is_copyright.html [26.07.2010].

29 Vgl. <http://www.dga.org/news/pr-images/2010/Joint-submission-re-IPEC.pdf> [21.05.2010].

30 Vgl. <http://replay.waybackmachine.org/20021212010329/http://www.riaa.com/Copyright-What.cfm> [26.07.2010].

Framing-Dimension	Beschreibung	Beispiele (Quelle)
	Starker Urheberrechtsschutz schafft Innovation und Wirtschaftswachstum	<p>“The MPAA works with governments around the world to pursue commonsense solutions that advance innovative consumer choices, while protecting the rights of all who make something of value with their minds, their passion and their unique creative vision.” (MPAA)³¹</p> <p>“Copyright has underpinned an extraordinary modern economic success story, accounting for tens of millions of jobs worldwide. The dramatic growth of the artistic, cultural and other creative industries in today’s major economies would have been impossible without the strong levels of copyright protection that those countries have developed over many decades.” (IFPI)²⁸</p>
	Durchsetzung des Urheberrechtsschutzes fördert Kunst&Kultur	<p>“Working with law enforcement and other entities to safeguard intellectual property rights as a cornerstone of our global information economy.”²⁹</p> <p>“To all artists, ‘copyright’ is more than a term of intellectual property law that prohibits the unauthorized duplication, performance or distribution of a creative work. To them, „copyright“ means the chance to hone their craft, experiment, create, and thrive.” (RIAA)³⁰</p>
	Starker Urheberschutz und DRM dienen allen, auch den Fans und Nutzern	<p>“The MPAA works with governments around the world to pursue commonsense solutions that advance innovative consumer choices, while protecting the rights of all who make something of value with their minds, their passion and their unique creative vision.” (MPAA)³¹</p> <p>“We are open to any technology that achieves our dual objectives of expanding consumer choice and protecting intellectual property rights.” (MPAA)³²</p> <p>„The specification will answer consumer demand for convenient accessibility to quality digital music, enable copyright protection for artists’ work, and enable technology and music companies to build successful businesses.“ (SDMI)³³</p>

31 <http://www.mpaa.org/contentprotection> [26.07.2010].

32 <http://www.mpaa.org/contentprotection/faq> [26.07.2010].

33 Vgl. <http://web.archive.org/web/20000302230740/www.sdmi.org/> [30.08.2008]. Da alle sowohl die IFPI als auch die RIAA maßgeblich an der Gründung der (kurzlebigen) SDMI beteiligt waren, haben wir uns entschlossen, die Webseite der SDMI mit in unsere Auswahl an Schlüsseltexten aufzunehmen.

Was die *prognostische* Dimension der Framing-Strategie angeht, schlugen die Vertreter der Urheberrechtskoalition drei miteinander verknüpfte Lösungsansätze vor, nämlich die Schaffung und Verbreitung allgemein gültiger DRM-Standards am Markt, die gesetzliche Verankerung von Umgehungsverboten dieser Standards und die Erziehung der Konsumenten durch moralische Appelle, Abschreckung und Gerichtsverfahren gegen Personen, die illegale Downloads vornehmen, Kopierschutzmaßnahmen umgehen oder Hilfestellung dazu liefern. Während Vertreter der Elektronikindustrien mit instrumentellen Anreizen (im Falle der Film- und DVD-Industrie auch durch Kontrolle von Patenten, vgl. Samuelson 2003, S. 43, zitiert in Bach 2004, S. 8) zur Zusammenarbeit mobilisiert werden sollten, wurden Politiker vor allem mit normativen Motivationen zur Förderung des Gemeinwohls durch Innovation, Kreativität und Wirtschaftswachstum umworben. Interessanterweise bieten die Framing-Strategien der Urheberrechtskoalition kaum nennenswerte positive *mobilisierende* Elemente im Hinblick auf Konsumenten-vorteile. Tabelle 3 fasst die diagnostischen, prognostischen und mobilisierenden Dimensionen der Framing-Strategie der Urheberrechtskoalition zusammen.

3.2.4 Mobilisierungsverlauf und Standarddiffusion

Die Organisations- und Framing-Strategie der Urheberrechts-Koalition war bestrebt, die Durchsetzung von Urheberrechten durch technische Standards zu erreichen. Durch die Beteiligung aller relevanten Industrieakteure an Standardisierungskonferenzen sollten in einem ersten Schritt technische Lösungen gefunden werden, die den Vertreibern von Musik- und Videoinhalten dann in einem zweiten Schritt beim Verkauf und der Nutzung der Inhalte gleichsam automatisch und auf möglichst unauffällige Weise die Verwertung von Urheberrechten sichern würde. Der Erfolg dieser privaten Regulierungsstrategie stellte in erster Linie auf die Mobilisierung und koordinierende Organisation der Industrieakteure ab. Das Mobilisierungspotential lässt sich demnach in zwei Schritten definieren: Zunächst ging es darum, die für die Schaffung eines mehrheitsfähigen und interoperablen Standards relevanten Akteure der Elektronik-, Musik-, Video- und Internetdienstleistungsbranchen für eine konstruktiven Zusammenarbeit zu gewinnen. Für entwickelte Standards stellte sich dann die Aufgabe, für Ihre Verbreitung in Konsumentenmärkten zu sorgen.

Es zeigt sich, dass die Bemühungen der Standardisierungskonferenzen alle relevanten Akteure zusammenzubringen, um einheitliche technische Standards zu entwickeln, im Musikbereich scheiterten, während sie im Film- und Videobereich zu einem Ergebnis führten. In der Musikindustrie fand keiner der konkurrierenden DRM-Standards genügend Akzeptanz bei Konsumenten, um sich am Markt durchzusetzen. Das Ausscheren von Apple aus der DRM-Strategie brachte dem Unternehmen zeitweilig nationale Marktanteile zwischen 70 und 90 Prozent im digitalen Musikvertrieb. 2007 bröckelte schließlich auch die Pro-DRM-Front der Major Labels, als EMI den Verzicht auf jeglichen Kopierschutz ankündigte (Jobs 2007) – ein Weg, auf dem die übrigen drei Majors Universal, Warner und SonyBMG bald nachfolgten. Mittlerweile vertreiben alle großen Labels und der In-

ternetversand Amazon Musik im Internet ohne DRM (vgl. zu all dem: Dolata 2008).

In der Film- bzw. Video-Industrie verbreiten sich dagegen DRM-Techniken. Trotz interner Auseinandersetzungen über Patente, Kosten, Netzwerkeffekte und interorganisationaler Koordinationsprobleme brachte die CPTWG eine Reihe von Kopierschutzstandards hervor – vor allem für DVD-Video – und besteht in seiner losen, sehr informalen Form bis heute. Der erste und bis heute in den meisten DVDs, Computerspielen und Geräten eingebaute CPTWG-Standard, das „Content Scramble System“ (CSS), wurde jedoch bereits kurz nach seiner Markteinführung heftig kritisiert, weil legal erworbene DVDs und Computerspiele sich nicht auf Rechnern mit Linux-Betriebssystemen abspielen ließen. Dies führte in der kleinen, aber wachsenden und hochaktiven Gruppe von Computernutzern, die Freie/Open Source Software verwenden, zu kollektiver Frustration und lebhaften Debatten über den Einsatz von Umgehungssoftware. Da deren Vertrieb und Verwendung im Widerspruch zum Umgehungsverbot des TRIPS-Vertrages steht, kam es in der Folge zu zahlreichen Fällen von (auch: demonstrativem) zivilen Ungehorsam (vgl. Eschenfelder et al. 2005) bis hin zu juristischen Diskussionen über das Verhältnis von DRM und Redefreiheit (vgl. Owens u. Akalu 2004). Der Computerwissenschaftler Dave Touretzky publizierte beispielsweise in diesem Zusammenhang eine „Gallery of CSS Descramblers“,³⁴ die für den informierten Endnutzer eine Umgehung des Kopierschutzes auch in jenen Fällen ermöglicht, in denen die zuvor rechtlich tolerierte Privatkopie (zum Beispiel auf einem Zweitgerät) von CSS verhindert wird.

Abgesehen von Koordinierungsproblemen innerhalb der „Industriekoalition“ war ein Hauptgrund für den geringen Erfolg von DRM-Systemen im Allgemeinen deren Ablehnung durch Konsumenten und Nutzer. Ein Umstand, den auch DRM-Pionier Stefik (2007) anerkennt, wenn er schreibt: „The situation reflects the core issue that current DRM provides no compelling benefits to consumers.“ Daran konnte auch die aufwendige Framing-Strategie der Urheberrechtskoalition wenig ändern. Diese Framing-Strategien, die auf Information und Erziehung der Konsumenten setzten und dabei häufig negative moralische Bewertungen von gängigen Nutzerpraktiken im Internet verwandten, stieß bei verschiedenen Adressatengruppen auf sehr unterschiedlichen Widerhall. Während politische Entscheidungsträger in den USA, der EU und Japan Diagnose und Lösungsverschlüsse aufgriffen, verpufften sie bei den Konsumenten. Die negative Framing-Strategie erwies sich als kontraproduktiv: Nicht nur blieb eine positive Aktivierung und konstruktive Mobilisierung der Nutzer aus, sondern sie wurden sogar ein Ausgangspunkt für Gegenmobilisierungen.

34 Vgl. <http://www.cs.cmu.edu/~dst/DeCSS/Gallery/> [07.10.2009].

3.3 Gegenbewegung der Fair-Use-Koalition: Standardisierung und Verbreitung alternativer Urheberrechtslizenzen

3.3.1 Ausgangssituation und Kontext

Mit Digitalisierung und Verbreitung des Internets entstanden auch eine Vielfalt neuer dezentraler und interaktiver Nutzungs- und Herstellungsweisen von kulturellen Gütern und Wissensartefakten. In dem Maße, in dem Computer und Internet potentiell allen Nutzenden die Möglichkeit eröffnen, Inhalte zu vervielfältigen, miteinander zu teilen, zu modifizieren und zu schaffen, bildeten sich auch neue Handlungspraktiken in Bezug auf Zugangs- und Urheberrechte heraus, die ganz selbstverständlich alle Lebensbereiche erfassten, zugleich aber oft in Konflikt zur gesetzlichen Ausweitung des Urheberrechts und Verbots des Kopierumgangsschutzes durch das TRIPS-Abkommen, die WIPO-Verträge und deren Umsetzung in nationales Recht stehen.

Gemessen an diesen weitreichenden Veränderungen formierte sich soziale und politische Gegenbewegung im Bereich Urheberrecht erst relativ spät in Form institutionalisierter Akteure. Diese bildeten sich vor allem dort heraus, wo informationgesellschaftliche Lebenswirklichkeit und Versuche der Rechtsdurchsetzung durch die Urheberrechtskoalition aufeinander prallten. In den USA kam es insbesondere im Umfeld des 1998 erlassenen Copyright Term Extension Act (CTEA) und des 2001 verabschiedeten Digital Millennium Copyright Act (DMCA) zu Protesten von Bibliotheken, die ihre Fair-Use-Rechte eingeschränkt sahen, und zu gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Urheberrechtsindustrie und Nutzern von Filesharing-Diensten und anderen Internetangeboten (Cohen 2005). Vierorts entstanden lokale, regionale und national Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Fragen des freien Zugangs zur Wissensallmende, des Datenschutzes und der Netzneutralität auseinandersetzten und kritische Kampagnen gegen die Urheberrechtsindustrie lancierten.

Diese Organisationen knüpften an Entwicklungen und Erfahrungen der Bewegung für Freie/Open Source Software seit den 1980er Jahren an, deren Ergebnisse das Software-Rückgrat des Internets selbst bildet (vgl. Lessig 2001, S. 50 ff.) und die inzwischen in sämtlichen Anwendungsfeldern Alternativen zu herkömmlich-proprietärer Software bietet (Wayner 2002; Weber 2004; Dobusch 2008). In diesem Bereich der von Benkler (2002) zusammenfassend als „*commons-based peer production*“ bezeichneten Produktionsweise, war bereits 1985 die Free Software Foundation (FSF) als erste urheberrechtsorientierte und grenzüberschreitend tätige Nichtregierungsorganisation gegründet worden (vgl. Tabelle 3), um die Interessen der freien Entwickler in Auseinandersetzungen um Patentrechte mit der Softwareindustrie und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der Electronic Frontier Foundation im Jahre 1990 und der Open Source Initiative im Jahre 1998 kamen weitere Organisationen hinzu, die sich im losen Koalitionsverbund für Fair-Use-Prinzipien und Rechte von Internetnutzern einsetzten.

Tabelle 4: Auswahl transnational tätiger NGOs mit Fokus auf Urheberrechtsthematik

Gründungsjahr	Organisation
1985	Free Software Foundation (www.fsf.org)
1990	Electronic Frontier Foundation (www.eff.org)
1998	Open Source Initiative (www.opensource.org)
2001	Creative Commons (creativecommons.org)
2003	Wikimedia Foundation (wikimediafoundation.org/wiki/Home)
2005	iCommons (Creative Commons spin-off; www.icommons.org)
2005	Open Rights Group (www.openrightsgroup.org/)
2006	Piratenparteien (www.pp-international.org)

Im Jahr 1985 wurde unter dem Dach der Free Software Foundation die Entwicklung einer General Public Licence (GPL) zur privatrechtlichen Absicherung neuer Formen commons-basierter Produktion im Software-Bereich begonnen. Dieser Lizenzstandard wird mittlerweile von mehr als 85 Prozent aller aktiven freien Softwareprojekte verwendet (Benkler 2006, S. 64). Zentrales Element der GPL ist die sogenannte Copyleft-Klausel, die Verwendung, Weitergabe und Veränderung des Quellcodes erlaubt, solange diese Änderungen ebenfalls unter der gleichen Lizenz zur Verfügung gestellt werden. Bis sich auch abseits von Software eine alternative Lizenzierung von Audio-, Video- oder Textdokumenten in Angriff genommen wurde, sollte es aber noch einmal fast 20 Jahre dauern.

3.3.2 Organisationsstrategie

Versuche, das Open-Source-Prinzip in Richtung „Open Content“ zu verallgemeinern, gab es bereits ab Mitte der 1990er Jahre (z.B. 1998 durch David Wiley). Hinzu kamen urheberrechtskritische Initiativen insbesondere im Umfeld von Bibliothek(sverbänd)en mit dem Ziel, digitale Technologien für einen offeneren Zugang zu Werken zu nutzen (vgl. z.B. zum Thema „Digital Library“: Kuny u. Cleveland 1998; zu „Open Access“: Suber 2003). Den Durchbruch erzielte aber erst die 2001 von einer Gruppe von US-Hochschuljuristen gegründete, gemeinnützige Organisation „Creative Commons“. Als „network of professionals with recognized expertise and competence in a particular domain and an authoritative claim to policy-relevant knowledge within that domain or issue-area“ war diese eine „epistemic community“ nach der Definition von Haas (1992, S. 3). Rund um Stanford-Professor Lawrence Lessig hatte diese Gruppe zunächst versucht, Verschärfungen des Urheberrechts wie den Copyright Term Extension Act vor dem US Supreme Court zu verhindern. Erst als dieses Vorhaben 2001 gescheitert war (vgl. Dobusch u. Quack 2010), wandten sie sich einem „Plan B“ zu, nämlich der Entwicklung privater Lizenzstandards zur Schaffung und Förderung einer globalen Allmende digitaler Güter. Im Zuge der Gründung weiterer Organisationen, wie der Wikimedia Foundation im Jahre 2003, iCommons im Jahre 2005 und Open Rights Group im Jahre 2006 (siehe Tabelle 3), kristallisierte sich eine Fair-

Use-Koalition rund um Creative Commons heraus, die durch vielfältige Kooperations- und Informationsbeziehungen sowie soziale Netzwerke ihrer Gründer und Mitglieder verbunden ist.

War das Copyleft-Prinzip die große institutionelle Innovation (Osterloh u. Rota 2007) der GPL, so entwickelte Creative Commons zwei weitere, prinzipielle Neuerungen: Erstens ermöglichte die Modularisierung der Lizenz Urhebern eine größere Flexibilität hinsichtlich des Ausmaßes an Freiheiten, die sie gewillt sind Nutzern einzuräumen. Dabei sind paradoxerweise gerade mit der – nicht unumstrittenen (vgl. Möller 2006) – Klausel für „Nicht-Kommerzielle Nutzung“ Potentiale für neue Geschäftsmodelle verbunden.

Zweitens setzte Creative Commons schon sehr bald auf die (juristische) Übersetzung ihrer Lizenzen in verschiedene Jurisdiktionen (sog. „license porting“) und schuf so in der Zeit von 2003 bis 2008 ein Netzwerk von mehr als 70 Partner-Organisationen mit lokalisierten Lizenzversionen in über 50 verschiedenen Ländern (vgl. Dobusch u. Quack 2010). Dieses Franchising weist in vieler Hinsicht Parallelen zu dem auf, was in der politischen Soziologie als Blockrekrutierung diskutiert wird. Damit ist die gezielte Ausweitung einer Bewegung und eine Intensivierung der Protestdynamik durch Koalitionsbildung mit bereits existierenden Bewegungsorganisationen gemeint, wie sie die Friedensbewegung zum Beispiel durch die Einbeziehung der Gewerkschaften erreichte (Koopmans 2007). Im Fall von Creative Commons war das Franchising mehr eine aus der Not geborene Lösung mit dem Ziel einer möglichst raschen und umfassenden Verbreitung der Lizenzen, erzielte jedoch – wenn auch zunächst nicht intendiert – vergleichbare Mobilisierungseffekte. Dabei wurde auch auf bereits existierende soziale Netzwerke zurückgegriffen. Kritische Rechts- und Technikexperten, viele bereits in der Freien Software-Bewegung engagiert, wurden angesprochen und gewonnen, um bei der rechtlichen Übertragung der Lizenzen in verschiedene nationale Urheberrechtssysteme zu helfen. Einzelpersonen und Organisationen im Musik-, Film- und Medienbereich, Wissenschafts- und Bildungssektor, in Bibliotheken und Journalismus, wurden umworben, um durch weithin sichtbare symbolische Akte wie auch durch viele kleine Alltagshandlungen, die Inhalte zu schaffen, die in der Summe die Vorteile einer solchen Wissensproduktion auch für den „normalen“ Nutzer, Konsumenten und Bürger sichtbar machen und diese zur Beteiligung animieren würde.

Die Typen der Partnerorganisationen von Creative Commons änderten sich dabei im Zeitverlauf: Waren es zu Beginn vor allem rechtswissenschaftliche (Univertsitäts-) Institute mit Erfahrung im Softwarelizenzbereich, so band Creative Commons mit steigender Verbreitung immer mehr Akteure aus den diversen Anwendungsbereichen der Lizenzen ein und zog gleichzeitig politisch motivierte Aktivisten aus dem Umfeld der sozialer Bewegungen für freien Zugang zu Wissen an. Dazu zählen neben der bereits erwähnten Bewegung rund um Freier/Open Source Software auch davon abgeleitete Bereiche wie Open Content³⁵ oder Open

35 Der Begriff „Open Content“ soll hier als Sammelbegriff auf Initiativen verweisen, die (teilweise explizit) das Modell der Erzeugung und Distribution von Freier/Open Source Software auf andere Bereiche digitaler Güter wie Text-, Bild- und Tonwerke anwenden. Bekanntestes Beispiel dafür ist der Betreiber der Wikipedia, die Wikimedia Foundation, die ein Netzwerk aus über 30 lokalen, mitgliederbasierten Chapter-Organisationen koordiniert, vgl. Dobusch u. Quack (2011).

Access³⁶. Dies ist umso erstaunlicher, als für Entwicklung und Distribution der Standards keine mit der Urheberrechtskoalition vergleichbaren monetären Ressourcen verfügbar waren, die regelmäßige Treffen geographisch weit verstreuter Akteure – wie beispielsweise im Rahmen der CPTWG – ermöglicht hätten. Insbesondere in der Anfangsphase des Transnationalisierungsprozesses erfolgte ein Großteil der Koordination mit Hilfe von Online-Kommunikationsformen wie Mailinglisten. Auch der in der Folge von Creative Commons unternommene Versuch, zumindest einmal jährlich alle relevanten Initiativen im Rahmen eines globalen „iSummit“ zu versammeln, wurde 2009 nach vier Jahren aus Kostengründen zu Gunsten regionaler Treffen wieder aufgegeben. In diesem Zusammenhang dient die Lokalisierung von Lizenzen in Kooperation mit Quasi-Franchisenehmern nicht nur deren Verbreitung, sondern hilft auch zusätzliche lokale, materielle und personelle Ressourcen zu erschließen, insbesondere in Form von regionalen Kooperationspartnern und Aktivisten.³⁷

3.3.3 Framing-Strategie

Die Akteure der sich um Creative Commons herausbildenden und neugruppierenden Fair-Use-Koalition entwickelten ebenso wie die Urheberrechtskoalition eine Framing-Strategie, mit der sie für die von ihnen entwickelten alternativen Lizenzierungsstandards warben. Diese umfasste diagnostische, prognostische und mobilisierende Elemente (siehe Tabelle 5). Als Problem wurde der durch die Ausweitung der Urheberrechte bedingte Eingriff in schöpferische Tätigkeit identifiziert – und zwar für das schöpferisch tätige Individuum ebenso wie für kollaborativ-schöpferische Gruppen und die auf kulturelle und Wissensartefakte gestützte gesellschaftlichen Interaktion. Die *Diagnose* dieser Akteure, allen voran kritische Rechtswissenschaftler an bekannten US-amerikanischen Universitäten (vgl. Dobusch u. Quack 2010), lautete: Eine übermäßige Ausweitung der Rechte von Urheberrechtsinhabern behindert den Zugang zu existierendem Wissen und Werken, erschwert Kreativität und Innovation, und beraubt die Gesellschaft vieler möglicher Bereicherungen in den Bereichen Kultur, Wissen und Wirtschaft. Die *prognostische Dimension* der Framing-Strategie hob den Beitrag hervor, den Copyleft-Lizenzen zur Errichtung einer auf privaten Vertragsabsprachen beruhenden Wissens- und Kulturallmende leisten könnten. Mit den Creative Commons Lizenzen wurde dabei ein sehr konkretes Mittel zur Lösung des diagnostizierten Problems vorgeschlagen, nämlich von den Urhebern wählbare abgestufte Zugangsrechte, die auf dem im Urheberrecht verankerten Verfügungsrecht des Urhebers aufbauen sollten. Der Urheber sollte entscheiden, ob er „Copyright“ oder „Copy-

36 Unter dem Begriff „Open Access“ werden Initiativen und Ansätze für einen freien Zugang zu wissenschaftlichem Wissen zusammengefasst, vgl. z.B. Mruck et al. (2004).

37 Ein Beispiel ist das federführend von europäischen Creative-Commons-Partnerorganisationen bei der Europäischen Kommission beantragte COMMUNIA-Projekt: Das „European Thematic Network on the Digital Public Domain“ ermöglichte im Rahmen seiner dreijährigen Laufzeit eine Vielzahl von europaweiten Treffen der involvierten Organisationen, deren Zahl von ursprünglich 36 im Laufe des Projekts auf schließlich 51 anwuchs (vgl. <http://communia-project.eu/about> [22.04.2010]).

left“ geltend machen wollte. Die Entstehung einer solchen freizugänglichen Allmende, so die Prognose, würde wie bereits im Softwarebereich erprobt, Kreativität und Innovation fördern und allen Gesellschaftsmitgliedern einen freien Zugang zu Wissen und kulturellen Gütern ermöglichen. Die Framing-Strategie der „Fair-Use“-Koalition stellte also sowohl in Bezug auf die Diagnose, als auch was die Prognose angeht, einen Gegenframe zu demjenigen der Urheberrechtskoalition dar.

Was die Framing-Strategie dieser Koalition allerdings von den in den in anderen sozialen Bewegungsfeldern üblichen Mustern unterschied, ist, dass das *mobilisierende Element* weniger auf Protesthandlungen als auf konstruktive Handlungspraxen im Sinne der Produktion kultureller Güter abzielte. Das Ziel einer auf dem Prinzip des Copyleft basierenden, global zugänglichen Wissensallmende, ließ sich nur mit der aktiven Beteiligung vieler sympathisierender Rechtsexperten, bekannter Kunstschaffender und einer großen Zahl von Nutzern, die zugleich Inhalte produzierten, verwirklichen. Im weiten Feld neuer Formen der Nutzung, Verbreitung und Produktion nicht-stofflicher Artefakte wurden diese Akteure als zukunftsweisende und kreative Protagonisten mit vom Urheberrecht bislang nicht anerkannten Bedürfnissen identifiziert und aufgefordert, sich durch die Nutzung der Lizenzen massenhaft sichtbar und bemerkbar zu machen. Die mobilisierende Komponente der Framing-Strategie der „Fair-Use“-Koalition zielte also darauf, sich im Internet aus massenhaften Alltagshandlungen herausbildende, je nach Kontext allerdings stark diversifizierte, neue funktionale Gruppen von Nutzer-Produzenten durch die Nutzung einer gemeinsamen Lizenz in eine soziale Gruppe mit gemeinsamen Zielen zu transformieren.

Creative Commons stellte dabei das für das veränderte (Selbst-)Verständnis von Urhebern und Nutzern im Internetzeitalter hervorstechende Massenphänomen der nutzergenerierten Inhalte (User-Generated Content, UGC),³⁸ nicht selten unter Wiederverwendung bereits vorhandener Werke als Remix oder Mash-up (vgl. Hemmungs Wirtén u. Ryman 2009; Lessig 2004, 2008), in das Zentrum ihrer Mobilisierungsstrategie. Die modularisierte Lizenz bot soziale Kategorisierungen und Identitäten für zuvor diffuse Gruppen an und vereinte sie unter einem gemeinsamen Dach. Der prognostische Teil der Framing-Strategie nimmt Bezug auf die Tatsache, dass immer mehr Internetnutzer in höchst selbstverständlicher Weise zu Urhebern werden und sich somit in einem wesentlichen Punkt vom Bild des Urhebers, das der geltenden Urheberrechtsgesetzgebung zugrunde liegt, unterscheiden: Ihren kreativ-schöpferischen Tätigkeiten mangelt es in den allermeisten Fällen an unmittelbar mit dem Werk verknüpften Verwertungsinteressen; sie bilden eine beständig wachsende Gruppe *nichtverwertender Urheber*. Diese Definition schließt das Vorhandensein latenter Verwertungsinteressen sowie negativer Verwertungsinteressen – die Ablehnung einer kompensationslosen Verwertung

38 Die OECD definiert UGC in ihrem Report “Participative Web and User-Created Content: Web 2.0, Wikis and Social Networking” als “i) content made publicly available over the Internet, ii) which reflects a certain amount of creative effort, and iii) which is created outside of professional routines and practices” Vgl. http://www.oecd.org/document/40/0,3343,en_2649_34223_39428648_1_1_1_1,00.html [05.04.2009].

durch Dritte – nicht aus. Zugleich richtete sich, wenn auch innerhalb der Koalition umstritten, der mobilisierende Aspekt der Framing-Strategie auf Angehörige der kreativen Berufe als potentielle kommerzielle Verwerter nutzergenerierter Inhalte, um die Verwendbarkeit der Lizenzstandards auch für alternative Geschäftsmodelle im Kunst- und Kulturbereich zu demonstrieren (siehe Tabelle 4).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die (steigende) Bedeutung des Inputs für kreative Prozesse auf Basis der Rekombination existierender Werke sowohl als zentrales Framing zur Adressierung potentieller Anwender von Creative Commons Lizenzen als auch zur Verdeutlichung der Kritik an neuerlichen Urheberrechtsreformen gegenüber Politikern fungiert. Utilitaristische und naturrechtliche Argumentationslinien fallen dabei häufig in eins: die behaupteten (volks-)wirtschaftlichen Innovationsvorteile eines verringerten urheberrechtlichen Schutzniveaus (Benkler 2006; Lessig 2001) korrespondieren mit gesteigerten kreativen Entfaltungsmöglichkeiten für schöpferische Individuen (Lessig 2004).

Tabelle 5: Framing-Strategien der Fair-Use-Koalition

<i>Framing-Dimension</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Beispiele (Quelle)</i>
Diagnostisch	Strenges Urheberrecht schadet der Wirtschaft sowie Kunst & Kultur im Internet Ausweitung der Urheberrechte und Umgehungsverbote behindert öffentlich erwünschten Zugang zu kulturellen Gütern	<p>„Creativity and innovation rely on a rich heritage of prior intellectual endeavor. (...) But at the same time, expanding intellectual property protection leaves fewer and fewer creative works in the ‘public domain’ – the body of creative material unfettered by law” (Creative Commons)³⁹</p> <p>“The Electronic Frontier Foundation (EFF) thinks that innovation is inextricably tied to freedom of speech, and innovators need to be protected from established businesses that use the law to stifle creativity and kill competition.” (EFF)⁴⁰</p> <p>„...anti-circumvention provisions have been used to stifle a wide array of legitimate activities, rather than to stop copyright infringement. As a result, the DMCA has developed into a serious threat to several important public policy priorities...” (EFF)⁴¹</p> <p>„Manche verwenden für ihre Werke nur deshalb CC-Lizenzen, weil sie demonstrieren möchten, dass sie sich für Open Access und freien Zugang zu Kulturgütern im Allgemeinen aussprechen. In vielen Communities ist es inzwischen eine Selbstverständlichkeit, sich offener Lizenzmodelle zu bedienen statt sich alle Rechte strikt vorzubehalten.“ (Creative Commons)⁴²</p>
Prognostisch	Alternative Urheberrechtslizenzen fördern Kreativität durch die Entstehung einer digitalen Allmende frei verwendbarer, digitaler Güter Commons-basierte Wissensproduktion ermöglicht freieren Zugang zu digitalen Gütern	<p>„We work to increase the amount of creativity (cultural, educational, and scientific content) in “the commons” – the body of work that is available to the public for free and legal sharing, use, repurposing, and remixing.“ (Creative Commons)⁴³</p> <p>„Imagine a world in which every single human being can freely share in the sum of all knowledge. That’s our commitment.“ (Wikimedia)⁴⁴</p>

39 Vgl. <https://www.copyright4creativity.eu/bin/view/Main/Declaration> [21.05.2010].

40 Vgl. <http://web.archive.org/web/20031205045658/www.eff.org/about/> [26.07.2010].

41 Vgl. <http://www.eff.org/wp/unintended-consequences-under-dmca> [21.05.2010].

42 Vgl. <http://de.creativecommons.org/was-ist-cc/> [26.07.2010].

43 Vgl. <http://creativecommons.org/about/what-is-cc> [06.04.2010].

44 Vgl. <http://wikimediafoundation.org/wiki/Home> [06.04.2010].

<i>Framing-Dimension</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Beispiele (Quelle)</i>
Mobilisierend	Verwendung von alternativen Urheberrechtslizenzen ist die zeitgemäße Form digitaler Kreativität	<p>“Wir von Creative Commons glauben, dass es bei den Kreativen ein bislang unbefriedigtes Bedürfnis danach gibt, der Welt mitteilen zu können: „Some Rights Reserved“ statt „All Rights Reserved“.” (Creative Commons)⁴⁵</p> <p>“We are also in the process of creating a library of „open art licenses“ that artists can use to authorize distribution of their works online.” (EFF)⁴⁶</p>
	Alternative Urheberrechtslizenzen ermöglichen neue Geschäftsmodelle	<p>„Viele Kreative haben erkannt, dass striktes Beharren auf Ausschließlichkeitsrechten der gewünschten Aufmerksamkeit für ihre Inhalte und deren Verbreitung im Internet oftmals im Wege steht.“ (Creative Commons)⁴⁷</p> <p>“One of our central goals is to encourage people to experiment with new ways to promote and market their work. In fact, we designed the noncommercial license option to be a tool to help people make money from their work, by allowing them to maximize the distribution of their works while keeping control of the commercial aspects of their copyright.” (Creative Commons)⁴⁸</p>

3.3.4 Mobilisierungsverlauf und Standarddiffusion

Die Organisations- und Framing-Strategie der Fair-Use Koalition zielte darauf, alternative Standards für Urheberrechtlizenzen zu schaffen und zu verbreiten. Durch die Mobilisierung massenhafter Nutzung dieser Lizenzen sollte eine Alternative zum existierenden Urheberrecht sichtbar gemacht und eine für alle zugängliche Wissensallmende geschaffen werden. Der Erfolg dieser privaten Regulierungsstrategie hängt wesentlich davon ab, inwieweit potentielle Nutzer aktiviert und mobilisiert werden konnten. Das Mobilisierungspotential setzt sich dabei aus sehr heterogenen Nutzergruppen zusammen, die vom Filesharing à la Napster, über den nichtverwertenden Urheber bis hin zu verwertungsinteressierten Kunst- und Kulturschaffenden und Internetplattformen. Empirische Daten zur Verbreitung der Creative Commons Lizenzen geben Anhaltspunkte dafür, inwieweit es der Fair-Use-Koalition mit ihren Organisations- und Framing-Strategien gelang, dieses Potential zu mobilisieren.

Der Umfang Creative Commons lizenzierter Inhalte wuchs seit Veröffentlichung der ersten Lizenzversion in Dezember 2002 exponentiell auf schätzungs-

45 Vgl. <http://de.creativecommons.org/faqs/> [06.04.2010].

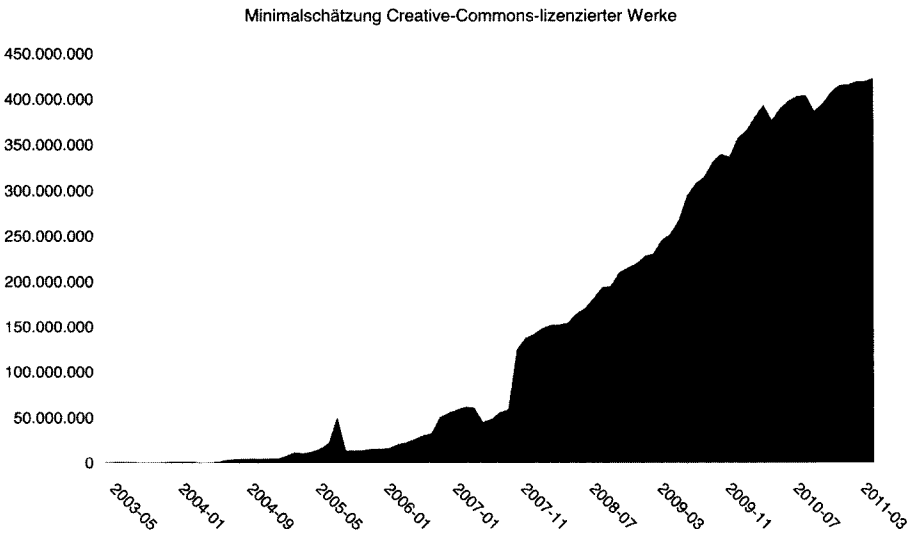
46 Vgl. <http://web.archive.org/web/20040403204251/www.fff.org/Censorship/> [26.07.2010].

47 Vgl. <http://de.creativecommons.org/faqs/> [06.04.2010].

48 Vgl. <http://web.archive.org/web/20031206082930/creativecommons.org/faq> [26.07.2010].

weise 400 Millionen Werke Ende 2010 an (vgl. Abbildung 1). Damit hat sich Creative Commons neun Jahre nach Gründung und acht Jahre nach Veröffentlichung der ersten Lizenzversion zum de-facto Standard für alternative Urheberrechtslizenzierung entwickelt. Es bestehen aber deutliche Unterschiede in der Mobilisierung verschiedener Adressatengruppen.

Abbildung 1: Minimalschätzung von Creative Commons lizenzierten Werken in Millionen



Quelle: <http://wiki.creativecommons.org/Metrics> [20.01.2012]

Die Organisations- und Framing-Strategie der „Fair-Use“-Koalition, die als Gegenbewegung zur Urheberrechtskoalition entstand, erwies sich bisher vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung nichtverwertender Urheber und Nutzer von frei zugänglichen digitalen Inhalten erfolgreich. Zu den nichtverwertenden Urhebern zählen beispielsweise alle jene, die aktiv zu commons-basierten Projekten wie der freien Online-Enzyklopädie Wikipedia beitragen (vgl. Tabelle 6) ebenso wie ein großer Teil der (Millionen von) Nutzern von Video-Plattformen wie YouTube (vgl. Bajde 2010). Die hohe Resonanz von Creative Commons Lizenzen unter nichtverwertenden Urhebern zeigt sich auch darin, dass die Community eines ihrer führenden Projekte, der Wikipedia, 2009 in einer Abstimmung beschloss, ihre Inhalte als Creative Commons Attribution Share-Alike neu zu lizenzieren. Auch im Bereich der Bildung und Öffentlichkeitsarbeit ist die Akzeptanz gut (Dobusch 2010).

Tabelle 6: Anzahl der Mitwirkenden an der Wikipedia-Enzyklopädie von 2001 bis 2006 (Daten von <http://stats.wikimedia.org/> aus Benkler 2006, S. 71)

	<i>Mitwirkende</i>	<i>Aktiv Mitwirkende</i>	<i>Sehr aktiv Mitwirkende</i>	<i>Artikel in Englisch</i>	<i>Gesamtzahl an Artikeln</i>
Jan 2001	10	9	–	25	25
Oct 2001	233	147	14	11.000	13.000
Oct 2002	1322	518	142	88.000	115.000
Oct 2003	5.940	2.113	420	164.000	328.000
Oct 2004	29.756	10.935	1.951	370.000	1.100.000
Oct 2005	94.251	29.754	4.737	756.000	2.700.000
Oct 2006	288.959	77.027	9.752	1.400.000	5.400.000
Oct 2007	556.259	89.493	10.919	2.000.000	8.700.000
Oct 2008	796.811	87.172	10.813	2.600.000	11.500.000
Oct 2009	1.025.308	86.430	10.798	3.000.000	14.200.000
Oct 2010	1.237.151	80.462	10.551	3.500.000	17.100.000

Legende: Mitwirkende = mind. 20 Beiträge; aktive Mitwirkende = mind. 5 Beiträge/Monat; sehr aktive Mitwirkende = mind. 100 Beiträg/Monat

Quelle: Daten von <http://stats.wikimedia.org> [20.01.2012]

Hingegen verlief die Mobilisierung von Produzenten und Nutzern im Bereich kommerzieller Kulturproduktion wesentlich verhaltener. Erfolgreiche Beispiele für die Nutzung von Creative-Commons-Lizenzen von profitorientierten Organisationen sind bislang rar: Entweder handelt es sich um einen Zusatzaspekt und steht damit nicht im Kern des Geschäftsmodells, wie zum Beispiel die Suche nach Creative Commons lizenzierten Werken des Online-Fotodienstes Flickr. Oder es handelt sich um derzeit noch prekäre Nischenangebote, wie bei den Musikdienstleistern Magnatune und Jamendo (Dobusch 2010). Institutionelle Hemmnisse, wie etwa der Widerstand von Verwertungsgesellschaften, haben im kommerziellen Anwendungsbereich bislang verhindert, dass der „Zirkel des Anfangs“ (Ortmann 1997) in ähnlicher Weise wie bei den nichtverwertenden Urhebern durch konstruktive Mobilisierung durchbrochen werden konnte (für eine weitsichtige Abhandlung der Begrenzungen einer auf privatrechtlicher Regulierung basierenden Mobilisierungsstrategie vgl. Elkin-Koren 2005).

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Organisations- und Framing-Strategie der „Fair-Use“-Koalition insbesondere bei nichtverwertenden Urhebern und Nutzern von commons-basierten Gütern oder File-sharing-Software Resonanz fand und gemeinsame Handlungspraxen in eine kollektiv erlebte und grenzüberschreitende „community of practice“ zu integrieren vermochte. Durch dieses gemeinsame Selbstverständnis sind sie nicht nur von der „Fair-Use“-Koalition mobilisierbar, sondern erzeugen bereits durch ihr indirekt koordiniertes Alltags Handeln im Internet regulative Effekte. Denn gerade in seiner Massenhaftigkeit entzieht sich beispielsweise nicht-kommerziell motiviertes Filesharing in weiten Teilen staatlicher Sanktionsmacht und beeinflusst dergestalt massiv Debatten über

die Gestaltung von urheberrechtlicher Regulierung in (straf-)rechtlicher und auch technologischer Hinsicht. So stellte WIPO Generaldirektor Francis Gurry angesichts von geschätzten 40 Milliarden illegal heruntergeladenen Musiktiteln im Jahr 2008 die Frage, ob es sich hier noch um „Piraterie“ oder schon um eine „Änderung der Umstände“ handle.⁴⁹

4. Fazit

In diesem Beitrag haben wir soziale und politische Auseinandersetzungen um die Regulierung des Eigentums an und der Nutzung von Informationen, Wissen und Kultur untersucht. Im Mittelpunkt standen Konflikte um das Urheberrecht, die im Anschluss an die Etablierung eines globalen Regimes intellektueller Eigentumsrechte durch die TRIPS und WIPO Verträge, sowie deren Umsetzung in nationales Recht in der politischen und vor allem der marktlichen Arena ausgetragen wurden. Während es zu Beginn des 21. Jahrhunderts so aussah, als ob eine vergleichsweise kleine aber homogene Gruppe marktbeherrschender Unternehmen in Urheberrechts- und Verwertungsindustrien mit ihren Interessen an einer Ausweitung und Durchsetzung ihrer Eigentumsrechte an Schriften, Musik, Film, Software und anderen nichtstofflichen Gütern die Oberhand gewonnen hatte (Bach 2004), stellt sich die Situation rund 10 Jahre später komplexer dar.

Die im politischen Bereich durchaus erfolgreiche Durchsetzung der Ziele dieser Urheberrechtskoalition stieß in der Vermarktung als technologischem Standard auf Koordinationsprobleme mit Teilen der Elektronikgeräteindustrie. Während diese im Film- und Videomarkt durch Ausübung ökonomischen Drucks auf die Gerätehersteller überwunden werden konnte, erwiesen sich Versuche mit DRM im Musikmarkt zu reüssieren gegenüber neuen Marktakteuren und angesichts des bereits etablierten kopierschutzfreien MP3-Standards als zahnlos. Diese Unterschiede verdeutlichen, dass nicht alle Unternehmen gleichermaßen an der Einführung von Digital Rights Management interessiert waren und die Etablierung technischer Alternativen teilweise zur Neuausrichtung von Geschäftsmodellen und -strategien führte.

Entscheidender für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung über die Durchsetzung eines umfassenden Urheberrechts waren jedoch kontraintendiertere Auswirkungen der gewählten Framing-Strategie: Alle Formen des Zugriffs auf Urheberrechtsinhalte, unabhängig von deren kommerzieller oder privater Motivation, als kreativitäts- und wohlfahrtsschädigend darzustellen und Konsumenten digitaler Güter mit dem Generalverdacht des Diebstahls zu konfrontieren, machte zumindest einen Teil eben dieser Nutzer, die zunehmend auch als Schöpfer immaterieller Güter auftraten, rezeptiv für Gegenmobilisierungen einer neu entstandenen Fair-Use-Koalition. Deren Handlungsrahmung von Creative Commons als einem an die neuen digitalen Möglichkeiten angepassten Urheberrecht war im Sinne einer „cool mobilization“ anschlussfähig an die in netnographischen Studien (z.B. Bajde 2010) dokumentierten Frustrations- und Entfremdungserfahrungen.

⁴⁹ <http://www.heise.de/newsticker/WIPO-Chef-Das-System-geistigen-Eigentums-ist-massiv-unter-Druck-/meldung/136745> [24.04.2009].

gen, die nichtverwertende Urheber im Zuge der erzwungenen Durchsetzung des Urheberrechts für die von ihnen erstellten Inhalte machten.²⁹

Die Fair-Use-Koalition nutzte in erster Linie intellektuelle und organisatorische Ressourcen und die Unterstützung bereits etablierter nicht-profitorientierter Akteure aus dem Wissenschafts- und Bibliotheksbereich, um eine Gegenbewegung mit einer Gegen-Framing-Strategie auf Basis rechtlicher Lizenzstandards anzustoßen. Interessanterweise war letztere aber von Anfang weniger als Negativfolie denn als konstruktiver Entwurf eines alternativen commons-basierten Urheberrechts angelegt. Die erstaunliche Mobilisierungswirkung dieser Framing-Strategie auf Nutzer, Produzenten und „Produzter“ von nichtstofflichen digitalen Artefakten in einem allgemein als der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung nicht zuträglich eingeschätzten transnationalen Kontext erklärt sich aus drei Faktoren: Zum einen sind alternative Urheberrechtslizenzen wie das begleitende Narrativ der „kreativen Allmende“ (dt. für „Creative Commons“) anschlussfähig an Handlungs- und Interaktionspraktiken kollektiver und individueller Akteure wie File-sharing oder soziale Netzwerke, die wiederum in unterschiedlichste sozial Kontexte eingebettet sind. Zum zweiten wird eine neue soziale Kategorie, der „nichtverwertende Urheber“ als positiv besetztes Pendant zur Urheberrecht verwertenden Medienindustrie in den Mittelpunkt der Strategie für ein alternatives Urheberrecht gerückt. Zum Dritten führt die von Rao (2009) als „cool mobilization“ bezeichnete Etablierung von neuen schöpferischen Praktiken im Bereich Wissen und Kultur in performativ-konstruktiver Weise zur Etablierung eines alternativen Regulierungsregimes auf Basis privater Lizenzstandards⁵⁰. Im Ergebnis zeigt sich damit, wie eine mit nur geringen materiellen Ressourcen ausgestattete und zunächst diffuse Interessenkoalition mit Hilfe spezifischer Organisations- und Framingstrategien in der transnationalen Sphäre relative Mobilisierungserfolge gegen eine vermeintlich stärker konzentrierte und mit umfangreicheren finanziellen Ressourcen ausgestattete Interessengruppe erzielen konnte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die soziale Bewegungsanalyse Kontextbedingungen, Organisations- und Framing-Strategien von Mobilisierungsprozessen mit Konzepten untersucht, die auch für die Analyse privaten Regulierungsinitiativen mittels Standards instruktiv erscheinen. Die Berücksichtigung ebendieser privaten Regulierungsinitiativen in zukünftiger, gerade auch politikwissenschaftlicher Forschung würde nicht nur ein umfassenderes Bild der politischen Auseinandersetzungen um das Urheberrecht zeichnen, sondern es auch ermöglichen Verschiebungen und Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Politikarenen und deren Outcomes zu analysieren.

Wir argumentieren, dass diese privaten Regulierungsinitiativen entgegen ihrem technischen Anschein einen politischen Charakter haben. Sie werden von jeweils

50 Hier bestehen Parallelen zur Debatte über die Performativität von Wissensinhalten in Märkten (Callon 1998; MacKenzie et al. 2007). So stellte MacKenzie (2006) fest, dass eine zu Prognosezwecken entwickelte mathematische Formel in der Folge die Wertentwicklung der Finanzanlagen maßgeblich beeinflusste. Auch die hier untersuchten privaten Creative Commons-Lizenzen „bewahrheiten“ sich, je mehr Akteure sich in ihren Entscheidungen über die Erstellung, Verbreitung und Nutzung von Wissensinhalten darauf beziehen. Eine weitere Ausarbeitung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede wäre ein interessantes Thema für weitere Forschungen.

unterschiedlichen Koalitionen mit verschiedenen materiellen Interessen und ideellen Sichtweisen getragen; sie verwenden, so weit verfügbar, materielle und organisatorische Ressourcen, um Unterstützung für Ziele zu gewinnen; sie setzen darüber hinaus diskursive Strategien ein, die darauf zielen, Akzeptanz und Unterstützung der Nutzer durch Überzeugung zu gewinnen; in beiden Fällen schlagen die in den Framing-Strategien der privaten Regulierungsinitiative vorgeschlagenen kollektiven Handlungsrahmen den Bogen zu emergenten Handlungspraktiken als geteilte routinierter Handlungsmuster in sozialen Gruppen und Gesellschaften. Insofern sich daraus soziale und politische Mobilisierungsprozesse entwickeln, können sie zu einer Veränderung der Machtkonstellationen zwischen verschiedenen Akteursgruppen in diesem Politikfeld führen; und nicht zuletzt sind von ihnen – so denn erfolgreich – gesellschaftliche Verteilungseffekte im Hinblick auf Wissenszugang und Einkommenserzielung zu erwarten.

Die Ergebnisse illustrieren außerdem, dass in transnationalen Politikfeldern Mobilisierungs- ebenso wie Regulierungsprozesse in politischen und marktlichen Arenen enger miteinander verzahnt sind als häufig angenommen. Deren Wechselwirkung nimmt aber keineswegs immer die Form einer zyklische Pendelbewegung an, wie es der Ansatz politischer Möglichkeitsstrukturen (King u. Pearce 2010) oder auch Hirschman (1988) mit seinen Überlegungen in „Engagement und Enttäuschung“ über das Schwanken der Bürger zwischen Privat- und Gemeinwohlorientierung nahe legen. Unsere Ergebnisse verweisen demgegenüber sowohl auf sich gegenseitig verstärkende als auch abschwächende Effekte. Während die Vernachlässigung von Alltagspraktiken der Konsumenten und Nutzer in der Framing-Strategie der Urheberrechtskoalition einen Schatten auf die gesellschaftliche Legitimität der unter ihrem Einfluss verabschiedeten internationalen und nationalen Urheberrechtsgesetze wirft, verweist die Dynamik der Verbreitung von Creative-Commons-Lizenzen und Inhalten auf die in der Politikwissenschaft noch stark vernachlässigten, performativen Aspekte privater Regulierung. Die Adoption von Standards trägt zu deren Institutionalisierung und Legitimierung bei und stellt deshalb selbst eine Form von Regulierung dar, die in zukünftigen Forschungen stärker berücksichtigt werden sollte. Mobilisierung für die Verwendung privater Regulierungsstandards hat demnach einen inhärent performativen Charakter, der sie von klassisch-politikwissenschaftlichen Mobilisierungskonzepten zur Beeinflussung politischer Entscheidungsträger und -prozesse unterscheidet.

Auch diese doppelte Peer-Produktion von öffentlich zugänglichen Inhalten und von Regeln, die den Zugang zu einer Wissensallmende regulieren, kann aber nicht losgelöst von politischen Rahmenbedingungen gedeihen. So deuten denn möglicherweise die in den letzten Jahren erfolgten Gründungen von Piratenparteien in verschiedenen Ländern und deren Wahlerfolge auf europäischer Ebene wie auch in einzelnen Mitgliedsstaaten auf die Grenzen derart privater Regulierung mittels alternativer Lizenzstandards hin. Offensichtlich sind diese alleine nicht völlig ausreichend, um die von vielen Akteuren erlebten Inkongruenzen, zwischen nicht-verwertungsorientierten Praktiken der Nutzung bzw. Produktion von Wissen und Kultur auf der einen und urheberrechtlichen Regelungen auf der anderen Seite, aufzulösen.

Literatur

- Abbott, Kenneth W., und Duncan Snidal. 2001. International 'standards' and international governance. *Journal of European Public Policy* 8(3): 345–370.
- Adloff, Frank. 2005. *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt am Main.
- Armstrong, Elizabeth H., und M. Bernstein. 2008. Culture, Power, and Institutions. A Multi-Institutional Politics Approach to Social Movements. *Sociological Theory* 26(1): 74–99.
- Bach, David. 2004. The Double Punch of Law and Technology: Fighting Music Piracy or Remaking Copyright in a Digital Age? *Business and Politics* 6(2): 1–33.
- Bajde, Domen. 2010. *Pirates online: How communities engage with copyrights and counterfeits: Netnography (Virtual Ethnography)*. COUNTER Konferenz, 23./24.03.2010. Manchester.
- Bartley, Tim. 2007. Institutional emergence in an era of globalization. The rise of transnational private regulation of labor and environmental conditions. *American Journal of Sociology* 113: 297–351.
- Becker, Eberhard, William Buhse, Dirk Günnewig, und Niels Rump (Hrsg.). 2003. *Digital Rights Management. Technological, Economic, Legal and Political Aspects*. Berlin.
- Benford, Robert D., und David A. Snow. 2000. Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology* 26: 611–639.
- Benkler, Yochai. 2002. Coase's Penguin, or, Linux and The Nature of the Firm. *The Yale Law Journal* 112(3): 369–446.
- Benkler, Yochai. 2006. *The Wealth of Networks. How Social Production Transforms Markets and Freedom*. New Haven/London.
- Botzem, Sebastian, und Leonhard Dobusch. 2012. Standardization cycles: A process perspective on the formation and diffusion of transnational standards. *Organization Studies*, im Druck.
- Botzem, Sebastian, und Sigrid Quack. 2006. Contested rules and shifting boundaries: International standard setting in accounting. In *Transnational governance. Institutional dynamics of regulation*, Hrsg. Marie-Laure Djelic und Kerstin Sahlin-Andersson, 266–286. Cambridge, MA.
- Botzem, Sebastian, und Sigrid Quack. 2009. (No) Limits to Anglo-American Accounting? Reconstructing the History of the International Accounting Standards Committee: A Review Article. *Accounting, Organizations and Society* 34(8): 988–998.
- Brunsson, Nils, und Bengt Jacobsson. 2000. *A world of standards*. Oxford.
- Buhse, Willms, und Dirk Günnewig. 2005. Digital Rights Management. In *Ökonomie der Musikindustrie*, Hrsg. Michael Clement und Soliver Schusser, 215–228. Wiesbaden.
- Clemens, Elisabeth S., und Debra C. Minkhoff. (2004). Beyond the Iron Law: Rethinking the Place of Organizations in Social Movement Research. In *The Blackwell Companion to Social Movements*, Hrsg. David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi, 116–152. Oxford, UK.
- Cohen, Julie E. 2005. The Place of the User in Copyright Law. *Fordham Law Review* 74: 347–374.
- Dahrendorf, Ralf. 1959. *Class and Class Conflict in Industrial Society*. Stanford.
- Della Porta, Donatella, und Mario Diani. 2006. *Social Movements: An Introduction*. London.

- Diani, Mario, und Ivan Bison. 2004. Organizations, Coalitions, and Movements. *Theory and Society* 33: 281–309.
- Dobusch, Leonhard. 2008. *Windows versus Linux. Markt – Organisation – Pfad*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dobusch, Leonhard. 2010. Creative Commons' Privates Urheberrecht: (k)eine Lösung? *Kurswechsel* 4, 37–47.
- Dobusch, Leonhard, und Sigrid Quack. 2009. Internationale und nicht-staatliche Organisationen im Wettbewerb um Regulierung: Schauplatz Urheberrecht. In *Die Organisierte Welt. Internationale Beziehungen und Organisationsforschung*, Hrsg. K. Dingwerth, D. Kerwer und A. Nölke, 230–257. Baden-Baden: Nomos.
- Dobusch, Leonhard, und Sigrid Quack. 2010. Epistemic Communities and Social Movements. Transnational Dynamics in the Case of Creative Commons. In *Transnational Communities: Shaping Global Economic Governance*, Hrsg. Marie-Laure Djelic und Sigrid Quack, 222–251. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dobusch, Leonhard, und Sigrid Quack. 2011. Interorganisationale Netzwerke und digitale Gemeinschaften: Von Beiträgen zu Beteiligung? *Managementforschung* 21: 171–213.
- Dolata, Ulrich. 2008. Das Internet und die Transformation der Musikindustrie. Rekonstruktion und Erklärung eines unkontrollierten sektoralen Wandels. *MPIfG Discussion Paper 08/7*. Köln.
- Draho, Peter, und John Braithwaite. 2002. *Informationfeudalism. Who owns the Knowledge Economy?* New York.
- Dranove, David, und Neil Gandal. 2003. The DVD-vs.-DIVX standard war. Empirical evidence of network effects and preannouncement effects. *Journal of Economics and Management Strategy* 12(3): 363–386.
- Edwards, Bob, und John D. McCarthy. 2004. Resources and Social Movement Mobilization. In *The Blackwell Companion to Social Movements*, Hrsg. David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi, 116–152. Oxford, UK.
- Eschenfelder, Kristin R., Glenn R. Howard, und Anuj C. Desai. 2005. Who Posts DeCSS and Why? A Content Analysis of Web Sites Posting DVD Circumvention Software. *Journal of the American Society for Information Science and Technology* 56(13): 1405–1418.
- Elkin-Koren, Niva. 2005. What contracts cannot do. The limits of private ordering in facilitating a Creative Commons. *Fordham Law Review* 74: 375–422.
- Farrell, Joseph, und Garth Saloner. 1986. Installed Base and Compatibility: Innovation, Product Preannouncements, and Predation. *The American Economic Review* 76(5): 940–955.
- Farrell, Joseph, und Garth Saloner. 1987. Competition, Compatibility and Standards: The Economics of Horses, Penguins and Lemmings. In *Product Standardization and Competitive Strategy*, Hrsg. H. Landis Gabel, 1–21. Amsterdam.
- Freee, Myra M. 1992. The political context of rationality. Rational choice theory and resource mobilization. In: *Frontiers in Social Movement Theory*, Hrsg. Aldon D. Morris und Carol Mc Clurg Mueller, 29–52. New Haven.
- Gerhards, Jürgen, und Dieter Rucht. 1992. Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany. *American Journal of Sociology* 98(3): 555–596.

- Goffmann, Erving. 1974. *Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience*. New York.
- Grassmuck, Volker. 2004. *Freie Software. Zwischen Privat- und Gemeineigentum*. Bonn
- Green, Matthew. 2002. Napster Opens Pandora's Box: Examining How File-Sharing Services Threaten the Enforcement of Copyright on the Internet. *Ohio Law Journal* 63: 799–818.
- Guigni, Marco G. 1998. Was It Worth the Effort? The Outcomes and Consequences of Social Movements. *Annual Review of Sociology* 24: 371–393.
- Guigni, Marco G. 2004. *Social Protest and Policy Change*. Lanham.
- Haas, Peter M. 1992. Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. *International Organization* 46(1): 1–35.
- Halliday, Terence C., und Bruce G. Carruthers. 2009. *Bankrupt. Global Lawmaking and Systemic Financial Crisis*. Stanford.
- Haunss, Sebastian, und Lars Kohlmorgen. 2009. Lobbying or Politics? Political Claim Making in IP Conflicts. In *Politics of Intellectual Property. Contestation Over the Ownership, Use, and Control of Knowledge and Information*, Hrsg. Sebastian Haunss und Kenneth C. Shadlen, 107–127. Cheltenham.
- Haunss, Sebastian, und Lars Kohlmorgen. 2010. Conflicts about Intellectual Property Claims: The Role and Function of Collective Action Networks. *Journal of European Public Policy* 17(2): 242–262.
- Haunss, Sebastian, und Kenneth C. Shadlen. 2009. Introduction: Rethinking the politics of intellectual property. In *Politics of Intellectual Property. Contestation Over the Ownership, Use, and Control of Knowledge and Information*, Hrsg. Sebastian Haunss und Kenneth C. Shadlen, 1–13. Cheltenham.
- Hemmungs Wirtén, Eva. 2004. *No Trespassing. Authorship, Intellectual Property Rights, and the Boundaries of Globalization*. Toronto.
- Hemmungs Wirtén, Eva, und Maria Ryman (Hrsg.). 2009. *Mashing-up Culture. The Rise of User-generated Content. Proceedings from the COUNTER workshop Mashing-up*. http://counter2010.org/wp-content/uploads/2009/10/counter_proceedings_09.pdf. Zugegriffen: 06.04.2010.
- Herman, Bill D. 2009. *The Battle over Digital Rights Management. A Multi-Method Study of the Politics of Copyright Management Technologies*. Dissertation in Communication, Pennsylvania.
- Hiatt, Shon R., Wesley D. Sine, und Pamela S. Tolbert. 2009. From Pabst to Pepsi: The Deinstitutionalization of Social Practices and the Creation of Entrepreneurial Opportunities. *Administrative Science Quarterly* 54(4): 635–667.
- Hirschman, Albert O. 1988. *Engagement und Enttäuschung: Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*. Frankfurt am Main.
- House of Commons (Hrsg.). 2004. *Scientific Publications: Free for all? Tenth Report of Session 2003-04*. <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200304/cmselect/cm-sctech/399/399.pdf>. Zugegriffen: 07.10.2010.
- Jakobs, Joachim. 2007. Vor der digitalen Entmündigung. *Die Zeit* 11. <http://www.zeit.de/online/2007/11/drm-fsfe>. Zugegriffen: 07.10.2010.
- Jobs, Steve. 2007. *Thoughts on Music*. <http://www.apple.com/hotnews/thoughtsonmusic>. Zugegriffen: 30.08.2008.

- Keck, Margaret E., und Kathryn Sikkink. 1998. *Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca.
- Keller, Reiner. 2007. *Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden.
- Kiefer, Marie L. 2005. *Medienökonomik: Einführung in eine ökonomische Theorie der Medien*. München.
- King, Brayden, and Nicholas A. Pearce. 2010. The Contentiousness of Markets: Politics, Social Movements, and Institutional Change in Markets. *Annual Review of Sociology* 36: 249-267.
- Kitschelt, Herbert, P. 1986. Political opportunity structure and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science* 16: 57-85.
- Koopmans, Ruud. 2007. Who Inhabits the European Public Sphere? Winners and Losers, Supporters and Opponents in Europeanised Political Debates. *European Journal of Political Research* 46: 183-210.
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul. 1999. Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. *Mobilization* 4(2): 203-222.
- Kretschmer, Martin. 2003. Digital Copyright: The End of an Era. *European Intellectual Property Review* 2003: 333-341.
- Kretschmer, Martin, Estelle Derclaye, Marcella Favale, and Richard Watt. 2010. *The Relationship between Copyright and Contract Law. Research report commissioned by the Strategic Advisory Board for Intellectual Property Policy*. University of Bournemouth.
- Kriesi, Hanspeter. 2007. Political Context and Opportunity. In *The Blackwell Companion to Social Movements*, Hrsg. David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi, 67-90. Oxford.
- Kuckartz, Udo. 1999. *Computergestützte Analyse qualitativer Daten. Eine Einführung in Methoden und Arbeitstechniken*. Opladen.
- Kuny, Terry, und Gary Cleveland. 1998. The Digital Library: Myths and Challenges. *IFLA Journal* 24: 107-113.
- Kur, Annette. 2010. *The Challenges of Policy Choice – how to Separate the (Black) Sheep from the Wolves?* COUNTER Conference, 23./24.03.2010, Manchester.
- Lessig, Lawrence. 2001. *The Future of Ideas. The Fate of the Commons in a Connected World*. New York.
- Lessig, Lawrence. 2004. *Free Culture. How Big Media Uses Technology and the Law to Lock Down Culture and Control Creativity*. New York.
- Lessig, Lawrence. 2008. *Remix. Making Art and Commerce Thrive in the Hybrid Economy*. New York.
- Levy, Nichelle N. 2000. Method to their Madness: The Secure Digital Music Initiative, a Law and Economics Perspective. *Virginia Journal of Law and Technology* 12: 1522-1687.
- Liebowitz, Stan J. 2003. Will MP3 downloads Annihilate the Record Industry? The Evidence so Far. In *Advances in the Study of Entrepreneurship, Innovation and Economic Growth*, Hrsg. Gary Libecap, 229-260. New York.
- MacKenzie, Donald. 2006. *An Engine, not a Camera. How Financial Models shape Markets*. Cambridge, MA.
- MacKenzie, Donald, Fabian Muniesa, und Lucia Siu. 2007. *Do Economists Make Markets?* Princeton.

- Marks, Dean S., und Bruce H. Turnbull. 1999. *Technical Protection Measures. The Intersection of Technology, Law and Commercial Licenses*. http://www.wipo.int/e-docs/mdocs/copyright/en/wct_wppt_imp/wct_wppt_imp_3.pdf. Zugegriffen: 05.04.2009.
- Mattli, Walter, und Tim Büthe. 2003. Setting International Standards: Technological Rationality or Primacy of Power? *World Politics* 56(1): 1–42.
- Mattli, Walter, und Tim Büthe. 2005. Accountability in accounting? The politics of private rule-making in the public interest. *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 18(3): 399–429.
- May, Christophers, und Susan K. Sell. 2006. *Intellectual Property Rights. A Critical History*. London.
- Mayntz, Renate, und Fritz W. Scharpf. 1995. Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*, Hrsg. Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, 39–72. Frankfurt am Main.
- Mayring, Philipp. 2003. *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim.
- McAdam, Doug, John D. McCarthy, und Mayer N. Zald. 1996. *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge.
- McAdam, Doug, Sidney Tarrow, und Charles Tilly. 2001. *Dynamics of contestation*. New York.
- McCarthy, John D., und Mayer N. Zald. 1977. Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. *The American Journal of Sociology* 82(6): 1212–1241.
- McGrath, Conor. 2007. Framing lobbying messages: defining and communicating political issues persuasively. *Journal of Public Affairs* 7(3): 269–280.
- Meyer, David S., und Suzanne Staggenborg. 1996. Movements, Countermovements, and the Structure of Political Opportunity. *American Journal of Sociology* 101(6): 1628–1660.
- Möller, Erik. 2006. The Case for Free Use: Reasons Not to Use a Creative Commons-NC License. In *Open Source Jahrbuch*, Hrsg. Bernd Lutterbeck, Matthias Bärwolff und Robert A. Gehring, Berlin.
- Möllering, Guido. 2010. Collective market-making efforts at an engineering conference. *MPIfG Discussion paper 10/2*. Köln: MPIfG.
- Mruck, Katja, Stefan Gradmann, und Günter Mey. 2004. Open Access: Wissenschaft als Öffentliches Gut. *Forum Qualitative Sozialforschung* 5(2): Artikel 14.
- Nedelmann, Birgitta. 1987. Individuals and parties – changes in processes of political mobilization. *European Sociological Journal* 3(3): 181–202.
- Nölke, Andreas, und James Perry. 2007. The Power of Transnational Private Governance: Financialization and the IASB. *Business and Politics* 9(3): Article 4.
- Norris, Pippa. 2002. *Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism*. Cambridge, UK.
- Notess, Greg R. 2002. *The Wayback Machine: The Web's Archive*. <http://www.infotoday.com/Online/mar02/OnTheNet.htm>. Zugegriffen: 26.07.2010.
- Oberschall, Anthony. 1973. *Social Conflict and Social Movements*. Englewood Cliffs, NJ.
- Ortmann, Günther. 1997. Das Kleist-Theorem. Über Organisation, Ökologie und Rekursivität. In *Handbuch Umweltschutz und Organisation. Ökologisierung, Organisationswandel, Mikropolitik*, Hrsg. Martin Bierke, Carlo Burschel und Michael Schwarz, 23–91. München.

- Osterloh, Margit, and Sandra Rota. 2007. Open source software development – Just another case of collective invention? *Research Policy* 36 (2): 157-171.
- Overdeest, Christine. 2010. Comparing forest certification schemes: the case of ratcheting standards in the forest sector. *Socio-Economic Review* 8(1): 1–30.
- Owens, Richard, Rajen Akalu. 2004. Legal Policies and Digital Rights Management. *Proceedings of the IEEE* 92 (6).
- Passy, Florence. 2003. Social Networks Matter. But How? In *Social Movements and Networks. Relational Approaches to Collective Action*, Hrsg. Mario Diani und Doug McAdam, 21–48. Oxford, UK.
- Perry, James, and Andreas Nölke. 2005. International Accounting Standard Setting: A Network Approach. *Business and Politics* 7 (3): 1-32.
- Phillips, Nelson, und Cynthia Hardy. 2002. *Discourse Analysis. Investigating Processes of Social Construction*. Thousand Oakes.
- Pierson, Matthias, Thomas Ahrens, und Karsten Fischer. 2007. *Recht des geistigen Eigentums. Patente, Marken, Urheberrecht, Design*. München.
- Pohl, Gerrit. 2007. DRM: Digital Rights- oder Digital-Restriction-Management? In *www.musikverkaufen.de. Die digitale Musikwirtschaft*, Hrsg. Tina Rodriguez, Michael von Rothkirch und Oliver Heinz, 48–66. München.
- Quack, Sigrid. 2007. Legal Professionals and Transnational Law-making: A Case of Distributed Agency. *Organization* 14 (5): 643-666.
- Rao, Hayagreeva. 1994. The social construction of reputation: Certification contests, legitimation, and the survival of organizations in the American automobile industry: 1895–1912. *Strategic Management Journal* 15: 29–44.
- Rao, Hayagreeva. 2009. *Market Rebels. How Activists Make Or Break Radical Innovations*. New Jersey.
- Rosenblatt, Bill, Bill Trippe, und Stephen Mooney. 2002. *Digital Rights Management. Business and Technology*. New York.
- Roy, William G., und Rachel R. Parker-Gwin. 1999. How many logics of collective action? *Theory and Society* 28: 203–237.
- Rucht, Dieter. 2007. Movement Allies, Adversaries, and Third Parties. In *The Blackwell Companion to Social Movements*, Hrsg. David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi, 197–217. Oxford.
- Sabatier, Paul A., und Hanl C. Jenkins-Smith. 1999. The advocacy coalition framework: An assessment. In *Theories of the political process*, Hrsg. Paul A. Sabatier, 117–166. Boulder.
- Samuelson, Pamela. 2003. Digital Rights Management {and, or, vs.} the Law. *Communications of the ACM* 46(4): 41–45.
- Scheufele, Bertram. 2003. *Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden.
- Scheufele, Dietram A., und David Tewksbury. 2007. Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models. *Journal of Communication* 57: 9–20.
- Schmidt, Susanne K., und Raymund Werle. 1998. *Coordinating technology. Studies in the international standardization of telecommunications*. Cambridge, MA/London.

- Schneiberg, Marc, und Tim Bartley. 2008. Organizations, Regulation, and Economic Behavior: Regulatory Dynamics and Forms from the 19th to 21st Century. *Annual Review of Law and Social Science* 4: 31–61.
- Schumann, Matthias, und Thomas Hess. 1999. *Medienunternehmen im digitalen Zeitalter*. Wiesbaden.
- Sell, Susan. 2003. *Private Power, Public Law. The Globalization of Intellectual Property Rights*. Cambridge.
- Sell, Susan, und Aseem Prakash. 2004. Using Ideas Strategically: The Contest Between Business and NGO Networks in Intellectual Property Rights. *International Studies Quarterly* 48: 143–175.
- Shapiro, Carl, und Hal R. Varian. 1999. *Information Rules. A Strategic Guide to the Network Economy*. Boston.
- Siegrist, Hannes. 2006. Geschichte des geistigen Eigentums und der Urheberrechte. Kulturelle Handlungsrechte in der Moderne. In *Wissen und Eigentum. Geschichte, Recht und Ökonomie stoffloser Güter*, Hrsg. Jeanette Hofmann, 64–80. Bonn.
- Siwek, Stephen E. 2006. Copyright Industries in the U.S. Economic: The 2006 Report. http://www.iipa.com/pdf/2006_siwek_full.pdf. Zugegriffen: 10.03.2009.
- Snow, David A. 2007. Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In *The Blackwell Companion to Social Movements*, Hrsg. David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi, 380–412. Oxford.
- Snow, David A., und Robert D. Benford. 1988. Ideology, frame resonance, and participant mobilization. *International Social Movement Research* 1: 197–218.
- Snow, David A., und Sarah A. Soule. 2009. *A Primer on Social Movements*. New York.
- Stefik, Mark. 1996. Letting Loose the Light: Igniting Commerce in Electronic Publication. In *Internet Dreams. Archetypes, Myths, and Metaphors*, Hrsg. Mark Stefik, Cambridge.
- Stefik, Mark. 2007. “DRM Inside”: DRM and the Future of Digital Media. <http://www.parc.com/research/publications/details.php?id=6250>. Zugegriffen: 30.08.2008.
- Suber, Peter. 2003. Removing the Barriers to Research: An Introduction to Open Access for Librarians. *College & Research Libraries News* 64: 92–94.
- Tamm Hallström, Kristina. 2004. *Organizing International Standardization. ISO and the IASC in Quest for Authority*. Northampton, MA.
- Tarrow, Sidney. 1994. *Power in Movement. Social Movements, Collective Action, and Politics*. Cambridge, UK.
- Tarrow, Sidney. 2005. *The new transnational activism*. Cambridge.
- Tilly, Charles. 2004. *Social Movements, 1768–2004*. Boulder.
- Timmermans, Stefan, und Steven Epstein. 2010. A World of Standards but not a Standard World: Toward a Sociology of Standards and Standardization. *Annual Review of Sociology* 36: 69–89.
- Van de Donk, Wim, Brian D. Loader, Paul G. Nixon, und Dieter Rucht (Hrsg.). 2004. *Cyberprotest. New Media, Citizens, and Social Movements*. New York.
- Voss, Kathrin. 2010. Online-Kommunikation von Verbänden. In *Handbuch Verbandskommunikation*, Hrsg. Olaf Hoffjann und Roland Stahl, 293–316. Wiesbaden.
- Walder, Andrew G. 2009. Political Sociology and Social Movements. *Annual Review of Sociology* 35: 393–412.
- Walgenbach, Peter. (2000). *Die normgerechte Organisation. Eine Studie über die Entstehung, Verbreitung und Nutzung der DIN EN ISO 9000er Normenreihe*. Stuttgart.

- Wayner, Peter. 2002. *Free for All. How Linux and the Free Software Movement Undercut the High-Tech Titans*. New York.
- Weber, Steven. 2004. *The Success of Open Source*. Cambridge.
- Yaziji, Michael, und Jonathan Doh. 2009. *NGOs and Corporations: Conflict and Collaboration*. New York.